

SONDERDRUCK

Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen e.V.

Bundestagswahl

2021

Fragen an Parteien
und ihre Antworten



Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen e.V.

Bundestagswahl 2021

Fragen an Parteien und ihre Antworten

Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen e.V.

Bundestagswahl 2021

Fragen an Parteien und ihre Antworten

1. Auflage 2021

© Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen e.V., Lage

Titelbild: shutterstock_156331100, Billy Wild

ISBN: 978-3-86954-464-9

Bestell-Nr.: 548464

Inhalt

| | |
|---|----|
| Vorwort | 7 |
| Alternative für Deutschland (AfD) | 9 |
| Bündnis C - Christen für Deutschland..... | 19 |
| Zitate aus den Wahlprogrammen ausgewählter Parteien zur Bundestagswahl, die auf die Fragen von AG WELT nicht geantwortet haben.. | 28 |
| Bündnis 90/Die Grünen | 28 |
| CDU/CSU | 35 |
| Die Humanisten | 39 |
| Die Linke | 43 |
| FDP | 49 |
| Freie Wähler | 54 |
| SPD | 59 |
| WIR2020..... | 64 |
| Nachwort..... | 68 |
| Zugelassene Parteien zur Bundestagswahl 2021..... | 69 |
| Anmerkung..... | 71 |

VORWORT

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen e.V. hat Anfang Februar 2021 allen Parteien, die eine Teilnahme an der kommenden Bundestagswahl in Aussicht gestellt haben, per Einschreibebrief einen Fragen-Katalog zugesandt mit dem Titel "**AG WELT fragt - Parteien antworten**". Als übergeordnete Kategorien wurden ausgewählt:

Ethik, Ehe, Familie Politik, Gesellschaft Wirtschaft, Wissenschaft Medizin, Gesundheit, Wissenschaft

Jedem dieser Schwerpunkte wurden Unterpunkte zugeordnet:

Ethik, Ehe, Familie

Förderung und Schutz der Familie
Schutz des Lebens
Bildung und Erziehung

Politik, Gesellschaft

Grundgesetz, Verfassung, Staat
„Corona-Pandemie“
Medien
Minderheiten
Kultur
Ausländer, Asyl

Wirtschaft, Wissenschaft

Weltwirtschaftsforum
Energieressourcen
Regierungsbeschlüsse, Kollateralschäden
Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes

Medizin, Gesundheit, Wissenschaft

Gesundheit
Wissenschaft

Alle diese Parteien wurden gebeten, die jeweils zugeordneten Fragen nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten. Dabei war es unwichtig, ob die jeweilige Partei bereits ein Wahlprogramm zur anstehenden Bundestagswahl erarbeitet und veröffentlicht hatte oder nicht. Denn eine jede Partei sollte sich auch dann zu Fragen positionieren können, wenn keine Wahlen anstehen. **Von allen angeschriebenen Parteien haben nur diese beiden auf unsere Fragen schriftlich geantwortet:**

Alternative für Deutschland (AfD)

Bündnis C - Christen für Deutschland

Einige wenige Parteien haben uns auf diverse Internetseiten verwiesen oder auf eigens erstellte "Wahlprüfsteine". Unser Anliegen aber war es, ganz gezielt Fragen zu stellen, um aus deren Beantwortung heraus entsprechende Schlüsse ziehen zu können.

Die meisten Parteien haben überhaupt nicht reagiert. Scheinbar geht es vielen Politikern längst nicht mehr um des Volkes Wohlergehen, sondern vordergründig um den Ausbau ihrer eigenen Machtstrukturen, um die Durchsetzung egoistischer Ziele und Pläne und um die Sicherung ihrer Diäten.

Lesen Sie bitte im Anschluss an dieses Vorwort die Antworten der Parteien **Alternative für Deutschland (AfD)** und **Bündnis C - Christen für Deutschland**. Daran anschließend veröffentlichen wir die Bezugsquellen (Weblinks) für die Wahlprogramme der anderen Parteien, die auf unsere Fragen **nicht** geantwortet haben. Zudem finden Sie einige Zitate aus den Wahlprogrammen der ausgewählten Parteien **Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, Die Linke, Die Humanisten, FDP, Freie Wähler, SPD und WIR2020**.

Es ist nun an Ihnen, zu entscheiden, ob Sie einer der 53 Parteien, die zur Wahl zugelassen sind (siehe Seiten 70 und 71), Ihre Stimme geben können, ob Sie eine ungültige Stimme abgeben oder aber der Wahl fern bleiben. Bitte treffen Sie Ihre Entscheidung in Verantwortung vor Gott, aber auch in Verantwortung vor unserem deutschen Volk, im Besonderen für unsere Kinder und Enkelkinder.

Der Vorstand

der Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen e.V.

Lage/Breitenbrunn, im Juli 2021

Alternative für Deutschland (AfD)

Ethik, Ehe, Familie

1. Förderung und Schutz der Familie

Frage a) Welchen Stellenwert hat für Sie / Ihre Partei die Ethik als Grundlage moralischen Handelns in Verantwortung vor Gott und den Menschen?

Antwort: *Ethische Grundsätze in der Politik wurden von den etablierten Parteien zwar stets betont, aber kaum gelebt. Wir möchten dies ändern. Grundlage unseres Handelns ist das Gemeinwohl und eine Ethik, die am christlichen Menschenbild ausgerichtet ist. Letzteres wird auch von denjenigen Mitgliedern der AfD unterstützt, die selbst dem Christentum fernstehen.*

Frage b) Wie wollen Sie / will Ihre Partei Familien mit Vater, Mutter und Kindern fördern und welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen?

Antwort: *Bei der Förderung von Familien müssen stets zwei Aspekte berücksichtigt werden. Zum einen die wirtschaftliche Sicherung der Familien bei der Kindererziehung durch eine „echte“ Wahlfreiheit zwischen Berufstätigkeit / Kita und der eigenverantwortlichen Erziehung durch die Eltern. Solche Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen, dürfen gegenüber berufstätigen Eltern finanziell nicht benachteiligt werden. Zum anderen ist die subtile, aber ständige gesellschaftliche Diskriminierung durch die „Genderpolitik“ umgehend zu beenden.*

Frage c) Wie wollen Sie / will Ihre Partei die Sicherheit von Christen-Familien, auch von Bürgern, die zum christlichen Glauben konvertiert sind, vor politisch und/oder religiös motivierten Angriffen präventiv und faktisch aktiv sicherstellen?

Antwort: *Der beste Schutz von Christen besteht in der konsequenten Ahndung jeglicher Übergriffe. Religiös motivierte Angriffe wären auch strafrechtlich in die Nähe des Terrorismus zu rücken. Sofern rechtlich möglich, muss bei ausländischen Tätern die sofortige Abschiebung erfolgen.*

2. Schutz des Lebens

Frage a) Welche Maßnahmen wollen Sie / will Ihre Partei ergreifen, um ungeborene Kinder präventiv vor Abtreibung zu schützen und wie wollen Sie Mütter sozialpolitisch unterstützen, die ihre Kinder zur Welt bringen?

Antwort: Der Schutz des ungeborenen Lebens hat für uns eine sehr hohe Priorität. Die wichtigste Maßnahme, die hier zu ergreifen wäre, ist die Wiederherstellung des durch das unsägliche Konstrukt „rechtswidrig, aber straffrei“ verloren gegangenen Unrechtsbewusstseins bei Abtreibungen. Dies kann nur durch eine zielgerichtete, lebensbejahende Öffentlichkeitsarbeit geschehen. Die Ausstrahlung von Filmen wie z. B. „Unplanned“ zur besten Sendezeit am Wochenende würde sicherlich nicht ohne Wirkung bleiben. Organisationen der Abtreibungslobby sind von jeder Art der öffentlichen Förderung konsequent auszuschließen. Danach kann über einen erweiterten rechtlichen Schutz nachgedacht werden.

Frage b) Welche Maßnahmen wollen Sie / will Ihre Partei ergreifen, um Menschen vor einer absichtlichen Herbeiführung des Todes (Sterbehilfe) zu schützen?

Antwort: Hinsichtlich der Sterbehilfe sind die Meinungen auch in der AfD durchaus geteilt. Weitgehender Konsens ist aber, dass die aktive Sterbehilfe gesetzlich verboten bleiben soll.

3. Bildung und Erziehung

Frage a) Welches Bildungssystem halten Sie / hält Ihre Partei für wertvoll und dem Kindeswohl dienend und wie wollen Sie ein solches Bildungssystem etablieren/fördern?

Antwort: Wir halten das traditionelle Bildungssystem, bestehend aus Grund- und Realschulen sowie Gymnasien und Förderschulen nach wie vor für zielführend und am Kindeswohl ausgerichtet. Dem Kindeswohl dienlich ist dabei aber keine leistungsfeindliche Kuschelpädagogik, sondern ein Schulsystem, bei dem die Schüler das bestmögliche Rüstzeug für das spätere Leben erwerben können.

Frage b) Wie positionieren Sie sich / positioniert sich Ihre Partei - auch angesichts politisch getroffener Entscheidungen während der sog. „Corona-Pandemie“ - zur dauerhaften Zulassung von Hausunterricht (Home-schooling) und an welche Grundsätze sollte Ihrer Ansicht nach ein solcher Hausunterricht geknüpft sein?

Antwort: Hinsichtlich des dauerhaften Hausunterrichtes gibt es in der AfD noch keinen „offiziellen“ Parteitagsbeschluss. Im Hinblick darauf, dass der Schulunterricht leider nicht selten zur Politisierung und Frühsexualisierung der Kinder beiträgt, scheint uns aber eine weitgehende Unterstützung der generellen Zulassung des Hausunterrichtes durch die AfD wahrscheinlich. Dass hierbei einheitliche Leistungsstandards nebst regelmäßigen Leistungskontrollen zu gewährleisten sind, versteht sich von selbst.

Frage c) Wie wollen Sie / will Ihre Partei sicherstellen, das Bildungssystem von der Einflussnahme durch Parteien und politisch agierenden Lobbyverbänden, -vereinen und -gruppen zu entkoppeln?

Antwort: *Die Einflussnahme durch Parteien und Lobbygruppen im Schulunterricht kann nur verhindert werden, wenn die Lehrer ausdrücklich zur parteipolitischen und weltanschaulichen Neutralität verpflichtet werden. Dies beinhaltet auch angemessene Kontrollen und klare disziplinarische Regelungen bei Verfehlungen.*

Frage d) Was halten Sie / hält Ihre Partei von einer sog. „gendergerechten Sprache“? Begründen Sie bitte Ihre Antwort.

Antwort: *Die AfD lehnt „Gender“ in allen Ausprägungen und Zusammenhängen eindeutig und konsequent ab! Wir möchten daran erinnern, dass es ab 2013 die damals neu gegründete AfD war, die die schleichende Indoktrination durch den Genderismus erstmals thematisiert hatte.*

Frage e) Wie wollen Sie / will Ihre Partei sicherstellen, dass Kindern in allen Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen erlaubt ist, ihre Meinung sowie ihre Lebens- und Glaubensüberzeugung ohne jede Bevormundung und Diskriminierung zu artikulieren?

Antwort: *Hierzu dürfen wir auf den oben genannten Punkt c) verweisen. Sinngemäß gilt dieser auch für die freie Meinungsäußerung von Kindern und Heranwachsenden, die uneingeschränkt zu gewährleisten ist.*

Frage f) Wie wollen Sie / will Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass in Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen jedwede Einflussnahme auf die Sexualität des Kindes / der Kinder unterbunden wird?

Antwort: *Sexualerziehung bei Kindern ist ausschließlich Angelegenheit der Eltern. Alle Bestrebungen, diesen Erziehungsauftrag an öffentliche Bildungseinrichtungen zu übertragen, sind konsequent zu unterbinden.*

Politik, Gesellschaft

1. Grundgesetz, Verfassung, Staat

Frage a) Halten Sie / hält Ihre Partei das Grundgesetz für das deutsche Volk für umfassend, um Freiheit und Demokratie nach dem Vorbild der Väter und Mütter des Grundgesetzes zu sichern? Wenn JA, welche Gesetze stehen der Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit des Grundgesetzes entgegen? Wenn NEIN, was müsste erwirkt werden, um einen souveränen Staat zu schaffen?

Antwort: Das Grundgesetz hat sich in den Jahrzehnten nach dem Weltkrieg weitgehend bewährt. Ein Problem sehen wir allerdings darin, dass durch die aktuelle Rechtsprechung viele früher unstrittige Verfassungsgrundsätze aufgeweicht und uminterpretiert werden. Dieser Entwicklung müsste durch entsprechende gesetzgeberische Klarstellungen begegnet werden, was allerdings aufgrund der aktuellen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag in weite Ferne gerückt ist.

Frage b) Wie stehen Sie / wie steht Ihre Partei zum geltenden Wahlrecht und zum System der Parteienwahl? Was müsste ggf. verändert werden, um wirklich das Volk als Souverän regieren zu lassen?

Antwort: Dass sich die Parteien weitgehend den „Staat zur Beute“ gemacht haben, dürfte wohl offensichtlich sein. Doch würde es auch der Rahmen unseres Grundgesetzes ermöglichen, den nahezu allumfassenden Herrschaftsanspruch der Parteien zu begrenzen. Hier wäre exemplarisch die Einschränkung der öffentlichen Finanzierung der Parteien, das Stiftungswesen oder das Verbot des Lobbyismus zu nennen. Die Einführung von Volksentscheiden hatte sich die AfD schon von Anfang an auf die Fahnen geschrieben. Nachzudenken wäre ggf. auch darüber, das Wahlrecht durch die Möglichkeit des „Kumulieren und Panaschieren“ bei Listenwahlen zu ergänzen.

Frage c) Auf welcher Grundlage würden Sie / würde Ihre Partei den Bürgern die im Grundgesetz verankerten Rechte, darunter die Versammlungsfreiheit / die Freiheit zur Durchführung von Gottesdiensten und anderen Gemeindeveranstaltungen, entziehen; und wie würden Sie Ihre Entscheidung begründen?

Antwort: Ein Entzug von Grundrechten ist grundsätzlich kaum möglich. Eine vorübergehende Einschränkung kann nur im Kriegs- oder Katastrophenfall in Betracht kommen, nicht jedoch in einer Situation, die der aktuell vorliegenden „Pandemie“ entspricht. Die Bürger sind im Regelfall durchaus in der Lage, ihr persönliches Verhalten auch in ernsteren gesellschaftlichen Krisen eigenverantwortlich den Notwendigkeiten anzupassen.

2. „Corona-Pandemie“

Frage a) Halten Sie / hält Ihre Partei den von der Regierung veranlassten Entzug der im Grundgesetz verankerten Grundrechte während der sog. „Corona-Pandemie“ für richtig? Wenn JA, begründen Sie bitte Ihre Haltung. Wenn NEIN, an welchen Stellen konkret wurde Ihrer Ansicht nach falsch entschieden?

Antwort: Wir halten den weitgehenden Entzug der Grundrechte während der aktuellen „Corona-Pandemie“ für falsch, weil er nicht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht. Den vorliegenden Zahlen ist kein Katastrophenszenario zu entnehmen, der Entzug der Grundrechte mithin völlig überzogen. Konkret betrifft dies das weitgehende Kontaktverbot, das Verbot von Gottesdiensten und das für Handel, Gastronomie, Kunst, Kultur und Tourismus ruinöse Verbot der Geschäftstätigkeit sowie die weitgehenden Einschränkungen des Bildungs- und Erziehungssektors.

3. Medien

Frage a) Sind Sie / ist Ihre Partei der Ansicht, dass es vom Staat und von den Bürgern finanzierte Medienanstalten geben muss? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort: Die AfD hat sich völlig eindeutig für ein Ende des staatlich finanzierten Mediensystems, einschließlich der Abschaffung der GEZ, ausgesprochen.

Frage b) Befürworten Sie eine von der Politik abgekoppelte freie und unabhängige Medienberichterstattung, die keiner staatlichen Einflussnahme unterliegt? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort: Demokratische Meinungsbildung kann nur im Hinblick auf den freien Wettbewerb der unterschiedlichsten Meinungen funktionieren. Von der Politik beeinflusste Medienanstalten (und dazu gehört bereits eine finanzielle Abhängigkeit) sind per se nicht frei und werden immer dazu neigen, direkt oder indirekt die Regierung zu unterstützen, womit bereits eine Verzerrung des Meinungswettbewerbes gegeben ist. Insofern sind Medien grundsätzlich vor Einflussnahme politischer Parteien zu schützen.

4. Minderheiten

Frage a) Halten Sie / hält Ihre Partei es für richtig, wenn Minderheiten die Hauptrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung vorgeben? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort: Minderheiten müssen grundsätzlich die Richtlinienkompetenz der Mehrheit anerkennen. Dies ist ein wesentliches demokratisches Prinzip. Jede politische Maßnahme, die diesen Grundsatz durch z. B. unsachgerechte Quoten aushebelt und dadurch Minderheiten einen überproportionalen oder gar dominierenden Einfluss verschafft, ist im Kern undemokratisch und damit abzulehnen.

Frage b) Halten Sie / hält es Ihre Partei für richtig, Minderheiten zu fördern, die im Grundgesetz enthaltene Grundrechte aushebeln bzw. die Absicht verfolgen, diese auszuhebeln? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort: *Bestrebungen, die im Grundgesetz enthaltenen Grundrechte auszuhebeln, sind immer und überall abzulehnen. Dabei spielt es keine Rolle, von wem derartige Bestrebungen ausgehen.*

5. Kultur

Frage a) Welchen Beitrag wollen Sie / will Ihre Partei leisten, um einerseits die deutsche Kultur zu fördern und andererseits Einflüsse zu verhindern, die die deutsche Kultur bekämpfen und abschaffen wollen?

Antwort: *Das kulturelle Erbe unseres Vaterlandes ist so umfangreich und wertvoll, dass es an sich keine spezielle Förderung benötigt. Es wäre weit hin ausreichend, unsere Kinder rechtzeitig mit diesem wunderbaren Erbe vertraut zu machen, was im Grunde genommen auch ein Kernauftrag der Schule ist. Schädlichen Einflüssen kann durch Transparenz und Entzug der finanziellen Förderung weitgehend der Boden entzogen werden. Z. B. dürfte eine umfassende Aufklärung über die Verbrechen marxistischer Bewegungen normal denkende Menschen immun gegen diese menschenverachtende Ideologie machen.*

Frage b) Welche kulturellen Werte wollen Sie / will Ihre Partei fördern?

Antwort: *Wir bekennen uns vollumfänglich zu dem reichen kulturellen Erbe und den überlieferten Traditionen unseres Volkes. Dazu gehört auch die feste Verankerung Deutschlands im Kreise der christlichen Nationen.*

6. Ausländer, Asyl

Frage a) Halten Sie / hält Ihre Partei es für richtig, wenn Deutschland Menschen aus Ländern Asyl gewährt, die in ihrer Heimat weder diskriminiert noch verfolgt werden? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort: *Das Asylrecht ist gemäß unserem Grundgesetz ausschließlich den tatsächlich Verfolgten zu gewähren. Daraus folgt rechtlich zwingend, dass es nicht Verfolgten auch nicht zu gewähren ist.*

Frage b) Was wollen Sie / will Ihre Partei dagegen unternehmen, wenn Ausländer in Deutschland sesshaft werden, aber nach eigenen Regeln in sog. Ghettos leben und sich staatlicher Gewalt entziehen?

Antwort: *Ghettobildung und die Bildung von Parallelgesellschaften mit eigenen „Rechtssystemen“ sind Kennzeichen einer völlig verfehlten und auch*

unangebrachten Einwanderungspolitik. Das dicht besiedelte und industriell geprägte Deutschland benötigt keine Einwanderung unqualifizierter Zuwanderer, die oft genug noch den Sozialsystemen und der einheimischen Mehrheitsgesellschaft zur Last fallen.

Frage c) Halten Sie / hält Ihre Partei den Islam - der sich im Grundsatz und in all seinen Ausprägungen auf die 5 Säulen seiner Religion beruft - für grundgesetzkonform?

Antwort: *Der Islam, der im Gegensatz zum Christentum immer auch eine politische Bewegung ist, ist mit dem Grundgesetz nicht kompatibel.*

Wirtschaft, Wissenschaft

1. Weltwirtschaftsforum

Frage a) Welchen Stellenwert hat für Sie / für Ihre Partei das Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum/WEF)?

Antwort: *Das Weltwirtschaftsforum gehört zu den mächtigen privaten Organisationen, die sich einer demokratischen Kontrolle entziehen, deren Einfluss auf die Politik und Wirtschaft der Staaten aber erheblich sein dürfte. Das WEF verfolgt seine eigene Agenda, die mit den Interessen der Völker nicht notwendigerweise übereinstimmen. Wir sehen das WEF überaus kritisch.*

Frage b) Welchen Einfluss haben aus Ihrer Sicht die WEF-Führungskräfte mit ihren Zielsetzungen (z.B. „The Great Reset“) auf die gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands?

Antwort: *Der Einfluss des WEF bzw. seiner Führungskräfte auf die gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Entwicklung auch Deutschlands ist wenig transparent, dürfte aber erheblich sein. Überlegungen hin zu einem „Great Reset“ werden von uns entschieden abgelehnt!*

2. Energieressourcen

Frage a) Welche Energiequellen halten Sie / hält Ihre Partei in den kommenden 10 bis 20 Jahren für sinnvoll und welche für nicht sinnvoll? Bitte begründen Sie Ihre Antworten.

Antwort: *Die Auswahl von Energieträgern kann sich nur nach strengen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kriterien richten. Für Ideologie ist in dem wichtigen Feld der Energieversorgung kein Platz. Den Ausstieg aus Kohle und auch Atomkraft halten wir für falsch, da hierfür keine gleichwer-*

tigen Energieträger zur Verfügung stehen. Er ist darüber hinaus auch sinnlos, weil Deutschland der einzige Staat der Welt ist, der rigoros eine ideologische Energiepolitik betreibt, die keine Rücksicht auf wissenschaftliche Fakten nimmt. Dass die deutsche Energiepolitik unter diesen Umständen weltweit keine Nachahmer findet, spricht für sich.

Frage b) Wie hoch bewerten Sie / bewertet Ihre Partei die Sicherheit, mit den derzeit bestehenden Ressourcen den Energiebedarf in Deutschland zu decken? Nennen Sie eine Zahl zwischen 1 (für sehr schlecht) und 10 (für sehr gut) und begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort: Der Versorgungssicherheit würden wir subjektiv mit einer „3“ bewerten. Schon mehrmals ist die Energieversorgung in Deutschland nur knapp an einem „Blackout“ vorbeigeschrammt, wobei die Versorgung nur durch teure Zukäufe von Atomstrom, insbesondere aus Frankreich, aufrecht erhalten werden konnte. Mit der weiteren Abschaltung von Kraftwerken rückt die Wahrscheinlichkeit eines großflächigen Stromausfalles in den Bereich des Vorhersehbaren.

3. Regierungsbeschlüsse, Kollateralschäden

Frage a) Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie / will Ihre Partei kurz- und mittelfristig ergreifen, um die während der sog. „Corona-Pandemie“ auf Grundlage von Entscheidungen und Beschlüssen der Bundesregierung entstandenen Kollateralschäden in Wirtschaft, Gesellschaft und im Privatsektor zu beheben und wie soll die praktische Umsetzung erfolgen?

Antwort: Wie die Schäden der „Corona-Krise“ zu beheben sind, weiß im Grunde niemand, zumal das Ausmaß dieser Schäden nicht wirklich bekannt ist. Wir befürchten allerdings, dass diese Schäden im Verbund mit einer selbstmörderischen Währungspolitik der EZB auf einen Bankrott der Staatsfinanzen hinauslaufen werden.

Frage b) Wie wollen Sie / will Ihre Partei sicherstellen, dass Großkonzerne (wie z.B. in der sog. „Corona-Pandemie“) keinen Einfluss auf politische Entscheidungen erwirken können, sondern Wissenschaftler zu Rate gezogen werden, die weder von der Politik noch von der Wirtschaft manipulierbar sind?

Antwort: Diese „Sicherstellung“ wäre nur zu erreichen, wenn konsequent gegen jede Form des Lobbyismus vorgegangen wird. Dazu gehört auch, keine Personen zu Rate zu ziehen, die in irgend einer Form in Interessenskonflikte (finanzieller und auch anderer Art) geraten könnten. Letztlich hängt aber auch vieles an der charakterlichen Qualität und Integrität der gewählten Politiker. Und hier besteht die Aussicht, über demokratische Pro-

zesse mittelfristig einen Austausch des politischen Personals in die Wege zu leiten.

Frage c) Halten Sie es / hält es Ihre Partei für notwendig, Politiker für ihre Entscheidungen haftbar zu machen? Bitte begründen Sie Ihre Ansicht.

Antwort: *Nach den Rechtsgrundsätzen des Bürgerlichen Gesetzbuches muss jeder für die von ihm verursachten Schäden einstehen. Es gibt keinen sachlichen Grund, Politiker von dieser Regelung auszunehmen, wenngleich hier eine Beschränkung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit sachlich gerechtfertigt wäre, weil sonst niemand mehr für ein politisches Amt kandidieren würde.*

4. Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes

Frage a) Welche Wertigkeit messen Sie / misst Ihre Partei dem wirtschaftlichen Mittelstand für das deutsche Gemeinwesen zu? Wählen Sie eine Zahl zwischen 1 (unwichtig) und 10 (sehr wichtig) und begründen Sie bitte Ihre Entscheidung.

Antwort: *Wir würden hier subjektiv von einer 9 oder 10 ausgehen. Die Bedeutung des Mittelstandes, insbesondere für den Arbeitsmarkt, ist bekannt und muss nicht weiter erläutert werden. Bekannt ist auch, dass sich gerade in diesem Segment viele Weltmarktführer finden, denen Deutschland (noch) seine führende Stellung in der weltweiten Wirtschaft verdankt.*

Frage b) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Mittelstand der deutschen Wirtschaft fördern und stärken?

Antwort: *Hier wäre aus unserer Sicht mit einer weitgehenden Entbürokratisierung und einer Aufhebung der gesetzgeberischen Gängelung sehr viel gewonnen. Um den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu decken, ist eine deutliche Verbesserung des Bildungsniveaus im Schulwesen sicherzustellen. Die von linken Politikern beabsichtigte Einführung einer Vermögenssteuer wäre der Todesstoß vieler kleiner und mittlerer Betriebe und wird von uns eindeutig abgelehnt.*

Medizin, Gesundheit, Wissenschaft

1. Gesundheit und Medizin

Frage a) Welche Maßnahmen wollen Sie / will Ihre Partei ergreifen, um die Qualität im Gesundheitswesen zugunsten des Bürgers zu verbessern und welche Strukturen im Gesundheitswesen wollen Sie reformieren und aus welchen Gründen?

Antwort: Wir haben in unserem Gesundheitsprogramm eine Reihe von Maßnahmen genannt, die wir für sinnvoll und angebracht halten. Als wesentlichen strukturellen Komplex wollen wir an dieser Stelle nur die Abschaffung des DRG-Fallpauschalensystems in den Krankenhäusern erwähnen. Dieses System hat nicht nur Fehlanreize gesetzt (Einsparungen insbesondere beim Pflegepersonal, Tendenz zur Kommerzialisierung und Gewinnmaximierung), sondern hat sich zu einem wahren Bürokratiemonster entwickelt, das in einem für Außenstehende fast unglaublichen Ausmaß finanzielle Ressourcen verbraucht. Die Ablösung zugunsten von einem System von Individualbudgets, die auf der Ebene der Spitzenverbände auf Landesebene zu verhandeln wären, ist dringend erforderlich und würde den Kliniken durch den Wegfall der Bürokratie wieder finanzielle Luft zum Atmen verschaffen.

Frage b) Halten Sie es / hält es Ihre Partei für grundgesetzkonform, wenn das Recht auf körperliche Unversehrtheit (wie z.B. über Impfzwang) gebeugt wird? Wenn NEIN, wie wollen Sie künftig das Recht auf körperliche Unversehrtheit sicherstellen und schützen?

Antwort: Das Recht auf körperliche Unversehrtheit wird bereits durch das Grundgesetz garantiert. Eine Aufweichung kann nur durch eine gesetzgeberische Klarstellung verhindert werden.

2. Wissenschaft

Frage a) Welche Chancen sehen Sie / sieht Ihre Partei, zur Gesundheit der Bürger einen medial offenen Diskurs wissenschaftlicher Meinungen zu führen?

Antwort: Hier ist in erster Linie auf die Unabhängigkeit der Medien abzustellen. Nur im freien und unbeeinflussten öffentlichen Diskurs können Meinungen gebildet werden. Ein Schritt auf diesem Wege wäre die Abschaffung der GEZ, die von uns schon seit langem gefordert wird. Die Chancen hierzu sind insofern vorhanden, als die Befürworter eines solchen Weges mittelfristig die Mehrheit in den Parlamenten stellen könnten.

Frage b) Was könnte Sie von einem solchen Entscheidungsfindungsweg (siehe a) abhalten?

Antwort: Zu dem unter a) bezeichneten Weg sehen wir keine Alternative.

Bündnis C - Christen für Deutschland

Ethik, Ehe, Familie

1. Förderung und Schutz der Familie

Frage a) Welchen Stellenwert hat für Sie / Ihre Partei die Ethik als Grundlage moralischen Handelns in Verantwortung vor Gott und den Menschen?

Antwort: *Wir treten grundsätzlich an in Verantwortung vor Gott und den Menschen.*

Frage b) Wie wollen Sie / will Ihre Partei Familien mit Vater, Mutter und Kindern fördern und welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen?

Antwort: *Familien fördern wir mit einem Erziehungsgehalt.*

Frage c) Wie wollen Sie / will Ihre Partei die Sicherheit von Christen-Familien, auch von Bürgern, die zum christlichen Glauben konvertiert sind, vor politisch und/oder religiös motivierten Angriffen präventiv und faktisch aktiv sicherstellen?

Antwort: *Der Staat hat das Gewaltmonopol und jeden Bürger vor Gewalt zu schützen.*

2. Schutz des Lebens

Frage a) Welche Maßnahmen wollen Sie / will Ihre Partei ergreifen, um ungeborene Kinder präventiv vor Abtreibung zu schützen und wie wollen Sie Mütter sozialpolitisch unterstützen, die ihre Kinder zur Welt bringen?

Antwort: *Abtreibungen verhindern durch Verbot. Kindergeld ab Empfängnis. Beratung und Unterstützung werdender Eltern. Vereinfachte Adoptionen für Ehepaare mit Kinderwunsch. Keine Leihmutterchaft: Kinder haben das Recht auf ihre leiblichen Eltern*

Frage b) Welche Maßnahmen wollen Sie / will Ihre Partei ergreifen, um Menschen vor einer absichtlichen Herbeiführung des Todes (Sterbehilfe) zu schützen?

Antwort: *Keine Legalisierung von Suizidbeihilfe. Palliativmedizin statt Sterbehilfe. Unterstützung familiärer Pflege und Sorge für ältere und behinderte Menschen.*

3. Bildung und Erziehung

Frage a) Welches Bildungssystem halten Sie / hält Ihre Partei für wertvoll und dem Kindeswohl dienend und wie wollen Sie ein solches Bildungssystem etablieren/fördern?

Antwort: *Bildung beginnt mit der Bindung jedes Kindes an seine Eltern. Kindergarten und Schule sollen die elterliche Bildung ergänzen, aber nicht ersetzen. Chancengleichheit wird durch eine begabungsgerechte Bildung erreicht. Förderschulen sind Bestandteil der Bildungslandschaft.*

Frage b) Wie positionieren Sie sich / positioniert sich Ihre Partei - auch angesichts politisch getroffener Entscheidungen während der sog. „Corona-Pandemie“ - zur dauerhaften Zulassung von Hausunterricht (Homeschooling) und an welche Grundsätze sollte Ihrer Ansicht nach ein solcher Hausunterricht geknüpft sein?

Antwort: *Die Schließung der Bildungseinrichtungen während des Corona-Lockdown haben die Krisenanfälligkeit kollektiver Einrichtungen in Erinnerung gebracht. Homeschooling soll deshalb dauerhaft legalisiert und die Schulpflicht durch eine Bildungspflicht ersetzt werden.*

Frage c) Wie wollen Sie / will Ihre Partei sicherstellen, das Bildungssystem von der Einflussnahme durch Parteien und politisch agierenden Lobbyverbänden, -vereinen und -gruppen zu entkoppeln?

Antwort: *Die freie Schulwahl und Mitspracherecht der Eltern an den Schulen sind zu garantieren. Nichtstaatliche Schulen sind finanziell gleichwertig auszustatten und ein freier Wettbewerb der Schul- und Bildungskonzepte zu gewährleisten.*

Frage d) Was halten Sie / hält Ihre Partei von einer sog. „gengerechten Sprache“? Begründen Sie bitte Ihre Antwort.

Antwort: *Bündnis C gendert nicht. Gengerechte Sprache ist keine natürliche Entwicklung der Sprache, sondern zwangsverordnet, was umgehend abgeschafft werden muss.*

Frage e) Wie wollen Sie / will Ihre Partei sicherstellen, dass Kindern in allen Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen erlaubt ist, ihre Meinung sowie ihre Lebens- und Glaubensüberzeugung ohne jede Bevormundung und Diskriminierung zu artikulieren?

Antwort: *Das in Art 6 GG verbrieft natürliche Erziehungsrecht der Eltern schließt die Weitergabe von Werten, Glauben und Weltanschauung an ihre Kinder ein. Die weltanschauliche Neutralität des Staates gebietet, dass das*

Bildungssystem verschiedene Lebens- und Glaubensüberzeugungen von Kindern und Eltern zu respektieren und ihnen Raum zu geben hat. Zum Beispiel sollen Schöpfungs- und Evolutionslehre gleichwertig gelehrt werden.

Frage f) Wie wollen Sie / will Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass in Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen jedwede Einflussnahme auf die Sexualität des Kindes / der Kinder unterbunden wird?

Antwort: *Sexualerziehung ist die Verantwortung der Eltern. Ergänzende Aufklärung in der Schule zu Schwangerschaft und Geburt bedarf der vorherigen Information der Eltern und deren Mitsprache und hat durch die Fachlehrer zu erfolgen.*

Politik, Gesellschaft

1. Grundgesetz, Verfassung, Staat

Frage a) Halten Sie / hält Ihre Partei das Grundgesetz für das deutsche Volk für umfassend, um Freiheit und Demokratie nach dem Vorbild der Väter und Mütter des Grundgesetzes zu sichern? Wenn JA, welche Gesetze stehen der Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit des Grundgesetzes entgegen? Wenn NEIN, was müsste erwirkt werden, um einen souveränen Staat zu schaffen?

Antwort: *Das Grundgesetz ist umfassend und darf nicht durch Zusatzartikel verwässert werden wie Kinderrechte oder sexuelle Identität.*

Frage b) Wie stehen Sie / wie steht Ihre Partei zum geltenden Wahlrecht und zum System der Parteienwahl? Was müsste ggf. verändert werden, um wirklich das Volk als Souverän regieren zu lassen?

Antwort: *Die 5 %-Hürde verhindert eine repräsentative Vertretung des Souveräns in den Parlamenten und gehört abgeschafft.*

Frage c) Auf welcher Grundlage würden Sie / würde Ihre Partei den Bürgern die im Grundgesetz verankerten Rechte, darunter die Versammlungsfreiheit / die Freiheit zur Durchführung von Gottesdiensten und anderen Gemeindeveranstaltungen, entziehen; und wie würden Sie Ihre Entscheidung begründen?

Antwort: *Religions-, Meinungs- und Gewissensfreiheit gründen in der Würde des Menschen und der Ethik der Bibel. Sie sind konstituierend für den freiheitlichen Rechtsstaat. Sie stellen selbst unter Anwendung der im Grundgesetz enthaltenen Notstandsgesetze bei Naturkatastrophen, Aufständen oder Krieg keine Gefahr dar und dürfen deshalb unter keinen Umständen*

eingeschränkt werden. Die ungestörte Religionsausübung ist zu gewährleisten und gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Kirchen bei Gefahr in die Verantwortung der Religionsgemeinschaften zu geben.

2. „Corona-Pandemie“

Frage a) Halten Sie / hält Ihre Partei den von der Regierung veranlassten Entzug der im Grundgesetz verankerten Grundrechte während der sog. „Corona-Pandemie“ für richtig? Wenn JA, begründen Sie bitte Ihre Haltung. Wenn NEIN, an welchen Stellen konkret wurde Ihrer Ansicht nach falsch entschieden?

Antwort: *Die Eindämmungsmaßnahmen werden mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit nach Artikel 2 Grundgesetz begründet. Dieses Recht begründete kein Recht auf Gesundheit, sondern auf Schutz vor körperlichen Übergriffen des Staates wie Folter, Körperstrafen, Zwangsbehandlungen, Zwangsimpfungen und ähnliches. Der Einzelne kann für den Schutz seines eigenen Umfeldes (Familie, Beruf, Ehrenamt, ...) verantwortlich gemacht werden. Darüber hinaus gehende staatliche Anordnungen bedürfen demokratischer Debatten und einer umfassenden Nutzen-Schaden-Analyse unter Einbezug aller betroffenen Bereiche der Gesellschaft. Die Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 GG verbietet Kontaktvorschriften für den privaten Raum. Ausgangssperren sind an keiner Stelle des Grundgesetzes vorgesehen.*

3. Medien

Frage a) Sind Sie / ist Ihre Partei der Ansicht, dass es vom Staat und von den Bürgern finanzierte Medienanstalten geben muss? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort: *Öffentlich-rechtliche Medien sind keine Staatsmedien, sondern zu neutraler Information verpflichtet. Information und Wissen sind uneingeschränkt zugänglich zu machen und von Kommentaren zu unterscheiden.*

Frage b) Befürworten Sie eine von der Politik abgekoppelte freie und unabhängige Medienberichterstattung, die keiner staatlichen Einflussnahme unterliegt? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort: *Artikel 5 Grundgesetz garantiert das Recht auf freie Meinungsäußerung in Wort, Schrift und Bild und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Wir fordern saubere Recherche und volle Informationsfreiheit, Pressefreiheit, Freiheit der Lehre und keine Zensur der Sozialen Medien.*

4. Minderheiten

Frage a) Halten Sie / hält Ihre Partei es für richtig, wenn Minderheiten die Hauptrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung vorgeben? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort: *Gesetze und Regeln müssen sich an der Mehrheit orientieren.*

Frage b) Halten Sie / hält es Ihre Partei für richtig, Minderheiten zu fördern, die im Grundgesetz enthaltene Grundrechte aushebeln bzw. die Absicht verfolgen, diese auszuhebeln? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort: *Für Minderheiten müssen bei Bedarf Ausnahmeregelungen geschaffen werden, die sich an der Regel orientieren.*

5. Kultur

Frage a) Welchen Beitrag wollen Sie / will Ihre Partei leisten, um einerseits die deutsche Kultur zu fördern und andererseits Einflüsse zu verhindern, die die deutsche Kultur bekämpfen und abschaffen wollen?

Antwort: *Wir wollen ein Bewusstsein der Dankbarkeit schaffen für alle Werte, Errungenschaften, Geschichte und Segen, die unser Land ausmachen.*

Frage b) Welche kulturellen Werte wollen Sie / will Ihre Partei fördern?

Antwort: *Uns liegen vor allem christliche Werte am Herzen, die Deutschland und Europa erfolgreich, human und frei gemacht haben: Freiheit der Person, Gleichheit vor dem Gesetz, Trennung von Person und Sache, Vertrauen in Wahrheit und Gerechtigkeit, transparenter Diskurs, Leistung und Fairness, Subsidiarität und Unterstützung Schwächerer.*

6. Ausländer, Asyl

Frage a) Halten Sie / hält Ihre Partei es für richtig, wenn Deutschland Menschen aus Ländern Asyl gewährt, die in ihrer Heimat weder diskriminiert noch verfolgt werden? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort: *Das Asylgesetz regelt die Bedingungen für Asylberechtigte und die Anerkennung als Flüchtling und ist entsprechend anzuwenden.*

Frage b) Was wollen Sie / will Ihre Partei dagegen unternehmen, wenn Ausländer in Deutschland sesshaft werden, aber nach eigenen Regeln in sog. Ghettos leben und sich staatlicher Gewalt entziehen?

Antwort: Die Aufnahmekapazität einer Gesellschaft für Zuwanderer misst sich daran, inwieweit die einheimische Bevölkerung Beziehungen zu den Fremden eingeht. Sonst bilden sie Parallelgesellschaften. Wir wollen diese Beziehungen fördern. Eine Zwangssolidarisierung der Gesellschaft ist hingegen zum Scheitern verurteilt. Familienanschluss und Kirchen in Deutschland können wertepprägend sein und Integration erleichtern.

Frage c) Halten Sie / hält Ihre Partei den Islam - der sich im Grundsatz und in all seinen Ausprägungen auf die 5 Säulen seiner Religion beruft - für grundgesetzkonform?

Antwort: Nicht die Religionsausübung anhand der 5 Säulen des Islam steht dem Grundgesetz entgegen, sondern das Rechtssystem der Schari'a. Der daraus abgeleitete politische Anspruch des Islam ist zurückzuweisen.

Wirtschaft, Wissenschaft

1. Weltwirtschaftsforum

Frage a) Welchen Stellenwert hat für Sie / für Ihre Partei das Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum/WEF)?

Antwort: Das WEF setzt globale Trends für Wirtschaft, Technologie, Umwelt und deren gesellschaftspolitische Implikationen und ist ein Motor für die Globalisierung.

Frage b) Welchen Einfluss haben aus Ihrer Sicht die WEF-Führungskräfte mit ihren Zielsetzungen (z.B. „The Great Reset“) auf die gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands?

Antwort: Das Netzwerk des WEF nimmt über Unternehmen, Finanzeliten, Akteure der Zivilgesellschaft, Medien, Influencer und Politiker Einfluss auf wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklungen insbesondere in Europa. Somit sind die Ideen des Great Reset als Top-down-Strategie für eine globale wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation wachsam zu verfolgen und gegenzusteuern, wo sie die Lebensgrundlagen im Land gefährden

2. Energieressourcen

Frage a) Welche Energiequellen halten Sie / hält Ihre Partei in den kommenden 10 bis 20 Jahren für sinnvoll und welche für nicht sinnvoll? Bitte begründen Sie Ihre Antworten.

Antwort: Angesichts der zunehmenden internationalen Spannungen muss die eigenständige Energieversorgung in Deutschland und Europa sicherge-

stellt werden. Bis das mit neuen Energiequellen gelingt, müssen AKW und Kohlekraftwerke in Betrieb bleiben. Investiert werden soll in Forschung und Entwicklung von Schlüsseltechnologien wie Brennstoffzellen.

Frage b) Wie hoch bewerten Sie / bewertet Ihre Partei die Sicherheit, mit den derzeit bestehenden Ressourcen den Energiebedarf in Deutschland zu decken? Nennen Sie eine Zahl zwischen 1 (für sehr schlecht) und 10 (für sehr gut) und begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort: Die zunehmenden Netzschwankungen durch Wind- und Solarstrom müssen mit zuverlässigen Kraftwerken stabilisiert werden, s. a)

3. Regierungsbeschlüsse, Kollateralschäden

Frage a) Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie / will Ihre Partei kurz- und mittelfristig ergreifen, um die während der sog. „Corona-Pandemie“ auf Grundlage von Entscheidungen und Beschlüssen der Bundesregierung entstandenen Kollateralschäden in Wirtschaft, Gesellschaft und im Privatsektor zu beheben und wie soll die praktische Umsetzung erfolgen?

Antwort: Es wird kein Zurück zum vorherigen Zustand der Gesellschaft geben. Ideologisch einseitige Antworten spalten nicht erst seit der Corona-Krise unser Land und unseren Kontinent zwischen einer links-grünen Lobby und konservativen Kräften, zwischen Globalisten und Nationalisten, Wirtschaft und Sozialstaat, Einheimischen und Fremden, Arm und Reich. Grundprinzip unseres biblisch fundierten Ansatzes ist der Relationismus, eine beziehungsorientierte Politik- und Wirtschaftsphilosophie als Antwort auf gescheiterte Gesellschaftsmodelle des Kapitalismus und des Sozialismus. Wir brauchen mehr als je zuvor ausbalancierte Beziehungen zwischen Rechten und Pflichten, Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Kooperation. Unsere Hauptthemen für eine Kontrastgesellschaft sind:

- Recht auf Leben und Freiheit wiederherstellen
- Jede Gesetzgebung soll an ihren Effekten auf Familien geprüft werden.
- Wirtschaft und Finanzsystem im Dienst des Gemeinwohles
- Mittelstand entlasten und Regionen stützen statt Großkonzerne
- Firmenbeteiligung mit Verantwortung statt Aktienspekulation
- Faire Besteuerung internationaler Konzerne
- Das Finanzsystem als Dienstleister der Wirtschaft: Zinsverbot
- Geldschöpfung und Schuldenfinanzierung beenden
- Abbau von Staatsschulden und Subventionen
- Bürokratieabbau und einfacheres Steuersystem
- Öffentliche Verwaltung reduzieren und digitalisieren
- Bargeld als Zahlungsmittel erhalten oder Komplementärwährung.

Frage b) Wie wollen Sie / will Ihre Partei sicherstellen, dass Großkonzerne (wie z.B. in der sog. „Corona-Pandemie“) keinen Einfluss auf politische Entscheidungen erwirken können, sondern Wissenschaftler zu Rate gezogen werden, die weder von der Politik noch von der Wirtschaft manipulierbar sind?

Antwort: *Lobbyismus begrenzen und offenlegen.*

Frage c) Halten Sie es / hält es Ihre Partei für notwendig, Politiker für ihre Entscheidungen haftbar zu machen? Bitte begründen Sie Ihre Ansicht.

Antwort: *Politiker sind als Menschen fehlbar und von Beratern abhängig. Strafrechtlich relevante Vergehen müssen verfolgt werden.*

4. Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes

Frage a) Welche Wertigkeit messen Sie / misst Ihre Partei dem wirtschaftlichen Mittelstand für das deutsche Gemeinwesen zu? Wählen Sie eine Zahl zwischen 1 (unwichtig) und 10 (sehr wichtig) und begründen Sie bitte Ihre Entscheidung.

Antwort: *Der Mittelstand ist das Rückgrat der Wirtschaft, hält die meisten Arbeitsplätze vor und zahlt die Steuern im Lande.*

Frage b) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Mittelstand der deutschen Wirtschaft fördern und stärken?

Antwort: *Der Corona-Lockdown hat das Schrumpfen der Wirtschaft beschleunigt. Vorbereitet wurde es seit langem durch eine schrumpfende Bevölkerung und fehlenden Nachwuchs. Der ist auch mit Milliarden-Hilfsfonds nicht zu ersetzen. Die kommende Wirtschaftskrise bietet die Chance, statt einseitig auf Konsum und Wachstum den Wirtschaftskreislauf neu auf Qualität und Vertrauen, Fairness und Gegenseitigkeit, Wettbewerb und Kooperation zu bauen. Eine Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient, ist menschenzentriert statt finanzzentriert. Sie besteht auf Transparenz und plant und arbeitet langfristig. Sie denkt inklusiv für alle beteiligten Interessengruppen und schafft gemeinsame Werte. Sie stellt das Leben von Familien und Kommunen vor ein Wachstum um jeden Preis. Diese Prämissen erfüllt am nachhaltigsten der Mittelstand und muss darin gefördert werden.*

Medizin, Gesundheit, Wissenschaft

1. Gesundheit und Medizin

Frage a) Welche Maßnahmen wollen Sie / will Ihre Partei ergreifen, um die Qualität im Gesundheitswesen zugunsten des Bürgers zu verbessern und

welche Strukturen im Gesundheitswesen wollen Sie reformieren und aus welchen Gründen?

Antwort: *Es gibt kein Recht auf Gesundheit, ebenso wenig ein Recht auf ein Kind. Gesundheit und Leben sind nicht verfügbar und die medizinische Versorgung von den wirtschaftlichen und personellen Ressourcen abhängig. Jährliche Milliarden-Subventionen für die Krankenkassen bei gleichzeitiger Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung brauchen Reformen des Systems. Der Mangel an Ärzten und Pflegekräften erfordert gesündere Arbeitsbedingungen und die Entlastung von ausufernden Vorschriften, damit die Grundversorgung überall gesichert wird.*

Kernpunkte unseres gesundheitspolitischen Programms sind:

- *Prävention und Gesundheitsförderung priorisieren*
- *Miteinander und Wettbewerb von GKV und PKV*
- *Faire Preispolitik für Medikamente*
- *Staatliche Subvention von Abtreibungen auf die Unterstützung werdender Mütter umlenken*
- *Verbrauchende Embryonenforschung, Genome-Editing und Keimbahn-Intervention verbieten*
- *Keine Organspende ohne aktive Zustimmung: Hirntod ist nicht tot.*

Frage b) Halten Sie es / hält es Ihre Partei für grundgesetzkonform, wenn das Recht auf körperliche Unversehrtheit (wie z.B. über Impfzwang) gebeugt wird? Wenn NEIN, wie wollen Sie künftig das Recht auf körperliche Unversehrtheit sicherstellen und schützen?

Antwort: *Impfungen müssen freiwillig bleiben und dürfen nicht durch die Beschneidung von Grundrechten erzwungen werden. Masern-Impfpflicht muss zurückgenommen werden.*

2. Wissenschaft

Frage a) Welche Chancen sehen Sie / sieht Ihre Partei, zur Gesundheit der Bürger einen medial offenen Diskurs wissenschaftlicher Meinungen zu führen?

Antwort: *Der freie Wettbewerb von Hochschulen und privaten Medien ist für den wissenschaftlichen Diskurs essenziell und muss öffentlich Raum bekommen. Statt (Selbst-) Zensur fordern wir eine offene Debattenkultur.*

Frage b) Was könnte Sie von einem solchen Entscheidungsfindungsweg (siehe a) abhalten?

Antwort: ---

Zitate aus den Wahlprogrammen ausgewählter Parteien zur Bundestagswahl, die auf die Fragen von AG WELT nicht geantwortet haben

Ausgewählt wurden folgende Parteien:

- Bündnis 90/Die Grünen
- CDU/CSU
- Die Humanisten
- Die Linke
- FDP
- Freie Wähler
- SPD
- WIR2020

Bündnis 90/Die Grünen

Das Bundestagswahlprogramm 2021 von **Bündnis 90/Die Grünen** ist hier zu finden: https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm_DIE_GRUENEN_Bundestagswahl_2021.pdf

Im nachfolgenden Abschnitt finden Sie insbesondere Zitate aus dem Wahlprogramm von **Bündnis 90/Die Grünen**, die direkt oder indirekt die Fragen aus dem AG WELT - Fragenkatalog tangieren: (https://cms.gruene.de/uploads/documents/Vorlaeufiges-Wahlprogramm_GRUENE-Bundestagswahl-2021.pdf)

Ethik, Ehe, Familie

1. Förderung und Schutz der Familie

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Damit die Perspektive und Expertise derjenigen, die von Diskriminierung und struktureller Benachteiligung betroffen sind, gehört werden, sie als Gleichberechtigte die Möglichkeit zur vollen Teilhabe erhalten, wollen wir einen Partizipationsrat, ähnlich dem Deutschen Ethikrat, als ein gesetzlich verankertes und unabhängiges Gremium einführen, mit Vertreter*innen aus der (post)migrantischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung, die die unterschiedlichen Dimensionen von Vielfalt abbilden."* - *"Wir wollen weitere Schritte gehen - mit*

einem ... „legislativen Fußabdruck“, durch den die Einflussnahme auf Gesetzgebung überprüfbarer wird, kontrolliert durch eine unabhängige Ethikbehörde, die Sanktionen verhängen kann.“

b) U.a. diese Aussagen gefunden: "Ob Alleinerziehende, Patchwork-, Stief- oder Regenbogenfamilie - Familien sind vielfältig und diese Vielfalt muss ein modernes Familienrecht auch abbilden. Dazu gehört auch ein modernes und liberales Namensrecht. Soziale Eltern übernehmen innerhalb der Familie oft Verantwortung und sind wichtige Wegbegleiter. Rechtlich gesehen sind sie aber auch nach Jahren Außenstehende für ihr Kind: Im Kindergarten, in der Schule oder bei Ärzt*innen ist es nicht vorgesehen, dass sie Entscheidungen für ihre Kinder treffen. Mit der Weiterentwicklung des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einem Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung, die, auch schon vor Zeugung, auf Antrag beim Jugendamt auf bis zu zwei weitere Erwachsene neben den leiblichen Eltern übertragen werden kann, geben wir allen Beteiligten mehr Sicherheit und stärken Mehrelternfamilien und soziale Elternschaft. Zwei-Mütter-Familien sollen nicht mehr durch das Stiefkindadoptionsverfahren müssen, darum streben wir an, das Abstammungsrecht zu reformieren, sodass die Co-Mutter analog zu Vätern in Ehen zwischen einem Mann und einer Frau automatisch als zweites rechtliches Elternteil gilt. Das Abstammungsrecht muss zudem die Elternschaft von Menschen mit Geschlechtseintrag „divers“ berücksichtigen. Bei Kinderwunsch sollen auch nichteheliche Lebensgemeinschaften, alle lesbischen Paare und alleinstehende Frauen die Möglichkeit einer Kostenerstattung für die künstliche Befruchtung erhalten. Alle Kinder benötigen einen klaren Rechtsstatus; das Persönlichkeitsrecht auf Kenntnis der eigenen Abstammung muss für alle Kinder gewahrt werden. Verantwortung wird nicht nur da füreinander übernommen, wo Kinder sind. Mit dem Pakt für das Zusammenleben werden wir eine neue Rechtsform schaffen, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert." - "Für die besondere Zeit direkt nach der Geburt wollen wir neben dem Mutterschutz auch für den zweiten Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten."

c) Keine Aussagen gefunden.

2. Schutz des Lebens

a) U.a. diese Aussagen gefunden: "Neben der professionellen medizinischen Versorgung sind gute Beratungsangebote wichtig. Deshalb werden wir das breite Angebot an Familienplanungs- und Beratungsstellen absichern und die freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Um die Versorgung dauerhaft zu gewährleisten, braucht es eine Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von selbstbestimmten Abbrüchen sowie eine generelle Kostenübernahme. Das ist nur möglich, wenn der selbstbestimmte Schwangerschaftsabbruch nicht mehr im Strafgesetzbuch (§ 218 und § 219), sondern außerhalb geregelt wird. Schwangere, die eine Beratung aufsuchen

sowie die Beratungsstellen und Ärzt*innen müssen mit einem bundeseinheitlich verankerten Schutz vor Anfeindungen und Gehsteigbelästigungen geschützt werden. ... Um Ärzt*innen vor drohenden Anzeigen zu schützen, gilt es insbesondere den § 219a schnellstmöglich aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. In einem ersten Schritt müssen die Kosten für ärztlich verordnete Mittel zur Empfängnisverhütung für Empfänger*innen von staatlichen Transferleistungen und Geringverdiener*innen unbürokratisch übernommen werden. Perspektivisch soll der kostenfreie und leichte Zugang zu Verhütungsmitteln für alle gelten. Am einfachsten wäre es, diesen Zugang über die Krankenkassen zu regeln."

b) U.a. diese Aussagen gefunden: "Wir setzen uns dafür ein, dass der Bundestag entsprechend der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in freier Abstimmung den mit einem Schutzkonzept verbundenen Zugang zur Sterbehilfe regelt."

3. Bildung und Erziehung

a) Keine Aussagen gefunden.

b) Keine Aussagen gefunden.

c) Keine Aussagen gefunden.

d) Keine Aussagen gefunden.

e) Keine Aussagen gefunden.

f) U.a. diese Aussage gefunden: "Wir werden uns gemeinsam mit den Ländern dafür einsetzen, dass sich geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und Diversität in den Lehr- und Bildungsplänen wiederfinden und diese konsequent umgesetzt werden. Queerfeindliche Straftaten sollen statistisch gesondert erfasst werden."

Politik und Gesellschaft

1. Grundgesetz, Verfassung, Staat

a) U.a. diese Aussagen gefunden: "Wir wollen Klimaschutz systematisch in unserer Rechtsordnung aufnehmen. Die Vorgaben des Pariser Klimavertrages sowie den Atomausstieg wollen wir im Grundgesetz verankern und Ökologie als weiteres Grundprinzip staatlichen Handelns stärken." - "Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz für Bund und Länder zeitgemäß gestalten, so dass die Tragfähigkeit der zukünftigen Zinslast gewährleistet ist und zugleich die so dringenden Investitionen zu ermöglichen." - "Es müssen starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz." - "Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen." - "Wir brauchen gute Infrastruktur und den Zugang zu öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir gemeinsam eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern." - "Lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter*

und queere Menschen sollen selbstbestimmt und diskriminierungsfrei ihr Leben leben können. Dafür und gegen gesetzliche Diskriminierungen sowie Benachteiligungen und Anfeindungen im Alltag werden wir ein starkes Signal setzen und den Schutz von Menschen aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität durch die Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes sicherstellen." - "Wir wollen Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern."

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wer hier dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben, an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen, in einem ersten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen."*

c) Keine Aussagen gefunden.

2. "Corona-Pandemie"

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Die Pandemie hat uns alle bis ins Mark getroffen. Sie hat im Guten gezeigt, zu welcher Gemeinsamkeit, Innovationskraft und Widerstandsfähigkeit wir Menschen fähig sind. Sie hat aber auch die Schwachstellen unserer Gesellschaft schonungslos offengelegt, und das in einer ohnehin verwundbaren Welt. Die globalen Krisen dieser Zeit - zuallererst die Klimakrise als wahre Menschheitskrise - wirken in unser aller Leben hinein und gefährden Freiheit, Sicherheit und Wohlstand."*

3. Medien

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Damit der Öffentlich-rechtliche Rundfunk stark und zukunftsfest aufgestellt ist, arbeiten wir für eine funktionsgerechte Finanzierung, die einem definierten Programmauftrag folgt."*

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Kritischer und unabhängiger Journalismus ist eine Säule unserer Demokratie. Wir stehen zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle, genauso wie für Qualität und Vielfalt der privaten und non-profit Medienlandschaft."*

4. Minderheiten

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir werden gemeinsam mit den Organisationen der Community einen bundesweiten ressortübergreifenden Aktionsplan „Vielfalt leben!“ für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen mit dem Ziel, LSBTIQ* gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren um die Akzeptanz von Vielfalt zu fördern. Dazu gehören auch Maßnahmen zur LSBTIQ*-inklusiven Gesellschaftspolitik sowie die institutionelle Förderung und Projektförderung der LSBTIQ*-Verbände, -Organisationen und -Stiftungen."*

b) Keine Aussagen gefunden

5. Kultur

a) und b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wenn wir als Gesellschaft lernen, Vielfalt als kultureller, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reichtum zu begreifen, schützen wir uns gegenseitig vor Gewalt, Hetze, Ausgrenzung, Frauenhass, Queerfeindlichkeit und Rassismus." - "Es braucht eine gleiche Wertschätzung bei der Finanzierung und den Rahmenbedingungen für alle Kulturformen und -sparten, für die Freie Szene und institutionell geförderte Kultureinrichtungen." - "Bei der Besetzung von Intendanzen, bei der Zusammensetzung von staatlich geförderten Kulturbetrieben, bei der Vergabe von Stipendien und Werksaufträgen und bei staatlichen Jurys wollen wir eine Quotenregelung einführen, um Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten. ... Auch kulturelle Vielfalt sowie Transkulturalität, also die gegenseitige Durchdringung von Kulturen, wollen wir fördern."*

6. Ausländer, Asyl

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Noch immer werden Rom*nja aus Deutschland abgeschoben, selbst wenn sie seit Jahrzehnten hier leben und in ihren Herkunftsländern Diskriminierung erleiden. Deshalb soll die Situation von Rom*nja in ihren Herkunftsländern in Asylverfahren und bei der Prüfung asylunabhängiger Bleiberechte stärkere Berücksichtigung finden." - "Insbesondere die Berücksichtigung erlittener geschlechtsspezifischer Verfolgung und die dazugehörige Beratung im Asylverfahren sind zu gewährleisten." - "Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre und rechtliche Verpflichtung, den Zugang zum Grundrecht auf Asyl zu garantieren..." - "Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, weiten alle Mitgliedstaaten im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Bevölkerungsgröße verpflichtend ihr Angebot aus oder leisten einen mindestens gleichwertigen Beitrag zu den Gesamtkosten. Das Asylverfahren findet dann im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Vorgezogene Asylverfahrensprüfungen an den Außengrenzen sind damit nicht vereinbar."*

b) Keine Aussagen gefunden.

c) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir wollen auch progressive, liberale muslimische Vertretungen einbinden, die für Werte wie Gleichberechtigung der Geschlechter, LSBTIQ*-Rechte und Feminismus eintreten und einen lebendigen Glauben innerhalb des islamischen Religionsspektrums praktizieren. Auch zeigen wir uns solidarisch mit Kritiker*innen von fundamentalistisch-politischen Kräften, wenn diese massiv bedroht werden. Für die eigenständige und selbstbewusste Religionsausübung von Muslim*innen ist eine Imam*innen-Ausbildung in Deutschland dringend notwendig. Dafür wollen wir islamisch-theologische und praxisorientierte Aus- und Weiterbildungsprogramme für Imam*innen und islamische Religionsbedienstete in Kooperation mit den Instituten für islamische Theologie bundesweit etablieren und unterstützen."*

Wirtschaft, Wissenschaft

1. Weltwirtschaftsforum

- a) Keine Aussagen gefunden
- b) Keine Aussagen gefunden.

2. Energieressourcen

- a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Statt auf Kohle, Öl und fossile Gas wird das Energiesystem auf Sonnen- und Windenergie basieren. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren festzuhalten, schaffen wir eine neue Mobilität mit der Bahn, dem Rad, zu Fuß oder mit emissionsfreien Autos. Statt Öl und Erdgas wärmt uns künftig die Kraft der Erneuerbaren. ... Das ist nichts weniger als eine Energierevolution. Dazu braucht es zuallererst eine massive Ausbauoffensive für die Erneuerbaren, die so schnell wie möglich umgesetzt wird. Daran hängen die Zukunft unseres Industriestandortes und unsere Versorgungssicherheit."*
- b) Keine Aussagen gefunden.

3. Regierungsbeschlüsse, Kollateralschäden

- a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Den wirtschaftlichen Aufbruch nach der Coronakrise und die ökologische Modernisierung wollen wir zusammenbringen. Dazu braucht es eine sozial-ökologische Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir wollen mit ehrgeizigen Vorgaben in Form von Grenzwerten, CO2-Reduktionszielen und Produktstandards der deutschen und europäischen Wirtschaft Planungssicherheit geben und Impulse für neue Investitionen setzen."*
- b) Keine Aussagen gefunden.
- c) Keine Aussagen gefunden.

4. Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes

- a) und b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir wollen sowohl die Beschäftigten wie auch die besonders betroffenen Autoregionen mit regionalen Transformationsdialogen und -fonds unterstützen. Damit erhalten wir die Wertschöpfungskette im Mittelstand und sichern vor Ort Arbeitsplätze." - "Unsere Mittelstandspolitik setzt auf den Dreiklang aus Verringerung bürokratischer Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie einer breitenwirksamen Forschungslandschaft."*

Medizin und Gesundheit

1. Gesundheit

- a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Unser Gesundheitssystem soll allen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung garantieren, aber es klaffen Lücken:*

*Gesundheitsämter wurden kaputtgespart, in Krankenhäusern und der Verwaltung fehlt Personal, die, die da sind, arbeiten am Anschlag. Wir wollen die Vorzeichen ändern und Vorsorge zum Leitprinzip machen: Kliniken sollen ihrem gesellschaftlichen Auftrag entsprechend finanziert werden, auch auf dem Land braucht es Zugang zu Geburtshilfe und Notfallhilfen. In der Pflege setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal, Sicherheit für Menschen, die Pflege benötigen, und für diejenigen, die Angehörige oder Freund*innen pflegen."*

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es ist die Pflicht des Staates, Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen." - "Wir werden einen Entschädigungsfonds für die Opfer aus dem Kreis der trans- und intergeschlechtlichen Personen, deren körperliche Unversehrtheit verletzt wurde, oder deren Ehen zwangsgeschieden wurden einrichten."*

2. Wissenschaft

a) und b): Keine Aussagen gefunden.

CDU/CSU

Das Bundestagswahlprogramm von **CDU/CSU** ist hier zu finden:
www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf

Im nachfolgenden Abschnitt finden Sie insbesondere Zitate aus dem Wahlprogramm von **CDU/CSU**, die direkt oder indirekt die Fragen aus dem AG WELT - Fragenkatalog tangieren:

Ethik, Ehe, Familie

1. Förderung und Schutz der Familie

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Unsere Nahrungsmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie dürfen aus ethischen, ökologischen und auch wirtschaftlichen Gründen nicht achtlos verschwendet werden."* - *"...eine weit-sichtige, verlässliche Forschungs- und Innovationspolitik ... unter Wahrung unserer ethischen Verantwortung."*

b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Partnermonate beim Elterngeld um weitere zwei auf insgesamt 16 Monate ausweiten..."* - *"...den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende ... auf 5.000 Euro weiter erhöhen."*

c) Keine Aussagen gefunden.

2. Schutz des Lebens

a) Keine Aussagen gefunden.

b) Keine Aussagen gefunden.

3. Bildung und Erziehung

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir wollen Aufstieg durch Bildung für alle möglich machen und bekennen uns dabei zum bewährten Bildungsföderalismus"* - *"...Stärkung der politischen Bildung und Wertekunde..."*

b) Keine Aussagen gefunden.

c) Keine Aussagen gefunden.

d) Keine Aussagen gefunden.

e) Keine Aussagen gefunden.

f) Keine Aussagen gefunden.

Politik, Gesellschaft

1. Grundgesetz, Verfassung, Staat

a) Keine Aussagen gefunden.

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir setzen uns für die Einführung eines europäischen Wahlrechts mit einer Sperrklausel zur nächsten Europawahl"*

ein. Für ein arbeitsfähiges Parlament darf es keine Zersplitterung des Parlaments durch Kleinstparteien geben."

c) Keine Aussagen gefunden.

2. "Corona-Pandemie"

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Der Staat muss sich nach der Pandemie wieder deutlich zurückziehen und den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen mehr Freiraum lassen."*

3. Medien

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir bekennen uns zu einem starken, unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk."*

b) Keine Aussagen gefunden.

4. Minderheiten

a) Keine Aussagen gefunden.

b) Keine Aussagen gefunden.

5. Kultur

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir werden unsere erfolgreiche Kulturpolitik in den Kommunen, den Ländern und vor allem im Bund unter Einbezug der Kulturverbände konsequent fortsetzen."*

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Um die Folgen der Pandemie zu mildern, wird das Programm „Neustart Kultur“ für alle Akteure und Sparten fortgesetzt."*

6. Ausländer, Asyl

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir setzen unsere Anstrengungen fort, damit die Zahl der nach Deutschland und Europa flüchtenden Menschen nicht nur dauerhaft niedrig bleibt, sondern sich weiter reduziert. Hierfür ist klar zwischen Menschen in Not und denen zu unterscheiden, die unser Land wieder verlassen müssen, weil sie nicht schutzbedürftig sind."*

b) Keine Aussagen gefunden.

c) U.a. diese Aussage gefunden: *"Islamfeindlichkeit werden wir in unserem Land ebenso wenig tolerieren wie Antiziganismus und andere rassistisch motivierte Abwertungen von Gruppen."*

Wirtschaft, Wissenschaft

1. Weltwirtschaftsforum

a) Keine Aussagen gefunden.

b) Keine Aussagen gefunden.

2. Energieressourcen

- a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO2-Reduktion sollen künftig steuerlich besser abgesetzt werden können."* - *"Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend voranbringen und daher deutlich schneller ausbauen, damit der stark steigende Energiebedarf gedeckt wird. ... Dazu gehört die Energiegewinnung aus Sonne und Wind genauso wie nachhaltige Biomasse, Wasserkraft und Geothermie im ländlichen Raum."*
- b) Keine Aussagen gefunden.

3. Regierungsbeschlüsse, Kollateralschäden

- a) Keine Aussagen gefunden.
- b) Keine Aussagen gefunden.
- c) Keine Aussagen gefunden.

4. Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes

- a und b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Um vor allem Mittelstand und Familienunternehmen zu entlasten, sollen Erfolgskontrolle, Praktikabilität und Erfüllungsaufwände von Gesetzen durch einen Praxis-Check - bei frühzeitiger Beteiligung der Wirtschaft - geprüft werden."* - *"Für eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt setzen wir weiterhin am Fachkräftebedarf von Mittelstand und Industrie an..."* - *"Wir wollen die themen- und technologieoffene Projektförderung stärken, die vor allem für den Mittelstand wichtig ist. Dazu werden wir die bewährten Programme ausweiten, insbesondere das Zentrale Investitionsprogramm Mittelstand (ZIM), die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) und das Förderprogramm Innovationskompetenz INNO-KOM."* - *"Wir werden ein Weltraumgesetz beschließen, das gründer- und mittelstandsfreundlich ist. Wir werden uns auf internationaler Ebene für eine nachhaltige Nutzung des Weltraums einsetzen, um auch nächsten Generationen den Zugang zum All zu ermöglichen."*

Medizin und Gesundheit

1. Gesundheit

- a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"In einem zukunftsfähigen Gesundheitswesen setzen wir deshalb auf stärkere vernetzte Zusammenarbeit der einzelnen Akteure und nutzen das Potenzial der Digitalisierung. Zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung setzen wir weiter auf einkommensabhängige paritätische Beiträge, Eigenbeteiligung und einen Steueranteil für versicherungsfremde Leistungen (wie beispielsweise in der Pandemiebekämpfung), der dynamisiert und an die tatsächlichen Kosten der versicherungsfremden Leistungen und deren Entwicklung gekoppelt wird. ... Eine Einheitsversicherung und Schritte dahin lehnen wir ab. ... Wir*

werden das Robert-Koch-Institut stärken und zum deutschen Public-Health-Institut ausbauen. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit muss es in Zukunft noch viel stärker bei der Bekämpfung von epidemischen Gesundheitsgefahren tätig sein..."

b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Schnellere Genehmigungsverfahren stärken den Pharma- und Forschungsstandort Deutschland. In der Pandemie hat sich gezeigt, wie zügig die Prüfung und Genehmigung klinischer Studien seitens der Zulassungsbehörden für Arzneimittel und Impfstoffe in Deutschland ohne Abstriche an der Qualität gelingen kann, wenn die Ressourcen gebündelt werden. Diese zügige Bearbeitung entsprechender Anträge wollen wir auch für die Zeit nach der Pandemie erhalten und werden daher das Paul-Ehrlich-Institut und das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte finanziell und personell verstärken."*

2. Wissenschaft

a und b) Keine Aussagen gefunden.

Die Humanisten

Das Bundestagswahlprogramm von der Partei **Die Humanisten** ist hier zu finden: www.diehumanisten.de/wahlen/wahlprogramm-2021/

Im nachfolgenden Abschnitt finden Sie insbesondere Zitate aus dem Wahlprogramm der Partei **Die Humanisten**, die direkt oder indirekt die Fragen aus dem AG WELT - Fragenkatalog tangieren:

Ethik, Ehe, Familie

1. Förderung und Schutz der Familie

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir Humanisten fordern, den verpflichtenden bekenntnisorientierten Religionsunterricht bundesweit abzuschaffen, da er kaum mit Werten wie Meinungsfreiheit, Selbstbestimmung, Gleichberechtigung, Religions- und Wissenschaftsfreiheit vereinbar ist. Stattdessen wollen wir einen gemeinsamen Ethikunterricht einführen, der ethisch-philosophische Bildung vermittelt und alle Religionen und Weltanschauungen neutral behandelt."*

b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Das Wohlergehen der Kinder steht im Mittelpunkt unserer Familienpolitik und hat im Zweifel auch Vorrang vor den Interessen der Eltern. Das traditionelle Familienbild wollen wir erweitern und für andere Familienentwürfe öffnen: eine Familie ist für uns eine Gemeinschaft aus Menschen, die sich für das Zusammenleben in gegenseitiger Fürsorge und Verantwortung entscheiden. Das Geschlecht der Partner spielt dabei für uns keine Rolle." - " Weiterhin fordern wir die vollständige rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Dies schließt das Adoptionsrecht sowie die automatische Anerkennung der Elternschaft bei Geburt ein."*

c) Keine Aussagen gefunden.

2. Schutz des Lebens

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Ungewollt Schwangere sollten ein Recht auf einfach zugängliche Informationen zum Schwangerschaftsabbruch und auf dessen Durchführung haben."*

b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir sind der Überzeugung, dass die Entscheidung über ein aktiv früher herbeigeführtes Ende des eigenen Lebens allein bei uns selbst liegen sollte. ... Wir fordern, dass der frei geäußerte Wille zu sterben, respektiert wird und das Bereitstellen eines tödlichen Medikaments wie Pentobarbital durch den behandelnden Arzt legalisiert wird, um einen sanften Suizid zu ermöglichen. Hierzu braucht es die Schaffung von Straffreiheit zur Tötung auf Verlangen (aktive Sterbehilfe) im § 216 StGB für ärztliches Fachpersonal bei eindeutiger Willensbekundung. ... Wir*

wollen durch eindeutige gesetzliche Regelungen Rechtssicherheit schaffen. Im Falle von Sterbehilfe dürfen demnach auch keine juristischen Folgen nach § 323c StGB (unterlassene Hilfeleistung) eintreten."

3. Bildung und Erziehung

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Als Humanisten streben wir eine aufgeklärte Gesellschaft an, in der Bildung und Wissenschaft maßgeblich zu persönlicher und gemeinschaftlicher Identität beitragen. Wir setzen uns für ein bundesweit einheitliches Bildungssystem, eine tatsächlich inklusive Bildungslandschaft und die Möglichkeit zu lebenslangem Lernen ein." - "Eine gemeinsame ethisch-philosophische Bildung soll den bekenntnisorientierten Religionsunterricht ersetzen."*

b) Keine Aussagen gefunden.

c) Keine Aussagen gefunden.

d) Keine Aussagen gefunden.

e) Keine Aussagen gefunden.

f) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir stehen für inklusives Miteinander in allen gesellschaftlichen Bereichen, unabhängig von Herkunft, Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung und sozialen, ökonomischen oder anderen Voraussetzungen."*

Politik, Gesellschaft

1. Grundgesetz, Verfassung, Staat

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir möchten das Recht von Menschenaffen auf körperliche und psychische Unversehrtheit im Grundgesetz verankern."*

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Ein Kernanliegen der Partei der Humanisten ist, dass politische Entscheidungen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden."*

c) U.a. diese Aussage gefunden: *"Der Staat tritt nicht als Vormund seiner Bürger auf, sondern unterstützt sie, ihr Leben frei und selbstbestimmt zu gestalten, indem er ihre Grundrechte schützt. Zu diesen Grundrechten gehört für uns insbesondere die körperliche Selbstbestimmung. Leihmutterchaft und Sexarbeit sind deshalb eine legitime Nutzung des eigenen Körpers."*

2. "Corona-Pandemie"

a) Keine Aussagen gefunden.

3. Medien

a) Keine Aussagen gefunden.

b) Keine Aussagen gefunden.

4. Minderheiten

- a) Keine Aussagen gefunden.
- b) Keine Aussagen gefunden.

5. Kultur

a) und b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Kulturelle Vielfalt spiegelt die Diversität unserer Bevölkerung wider und bietet Chancen für Integration." - "Religiöse und weltanschauliche Werte und Normen dürfen keinen Einfluss auf den Alltag Nicht- oder Andersgläubiger sowie staatliche Institutionen und Gesetze haben."*

6. Ausländer, Asyl

- a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Als humanistische Partei in der weltweit viertgrößten Volkswirtschaft mit angemessenem Lebensstandard für jeden Bürger, sehen wir es als unsere Pflicht an, Fluchtursachen, wie etwa Kriege und Gewalt, Perspektivlosigkeit und Armut, Diskriminierung und Verfolgung sowie auch grundlegend den Klimawandel zu bekämpfen."*
- b) Keine Aussagen gefunden.
 - c) Keine Aussagen gefunden.

Wirtschaft, Wissenschaft

1. Weltwirtschaftsforum

- a) Keine Aussagen gefunden.
- b) Keine Aussagen gefunden.

2. Energieressourcen

- a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Wir stehen für eine konsequente Klimaschutzpolitik, die darauf ausgerichtet ist, die Erderwärmung auf 1.5°C zu begrenzen..." - "Dazu setzen wir auf die Förderung, Erforschung, Entwicklung und Umsetzung bestehender und neuer klimafreundlicher Technologien zur Energieerzeugung, -einsparung und -verteilung. Wir lehnen ideologisch geprägte Herangehensweisen ab, die auf wissenschaftlich nicht haltbaren Konzepten und auf festgefahrenen Meinungen basieren. Der Umstieg auf eine klimaneutrale Energieversorgung muss konsequent und schnell umgesetzt werden. Die Energiegewinnung durch Kohle muss bis spätestens 2030 beendet werden."*
- b) Keine Aussagen getroffen.

3. Regierungsbeschlüsse, Kollateralschäden

- a) Keine Aussagen gefunden.
- b) Keine Aussagen gefunden.
- c) Keine Aussagen gefunden.

4. Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes

a und b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Die soziale Marktwirtschaft ist die einzige Wirtschaftsordnung, die mit humanistischen Werten wie individueller Freiheit, fairem Interessenausgleich und Hilfe zur Selbsthilfe vereinbar ist."*

Medizin und Gesundheit

1. Gesundheit

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"... Strukturelle Minderversorgung benachteiligter Bevölkerungsschichten, grassierende Fehlinformationen und Pseudomedizin, übermäßige Bürokratisierung und Profitorientierung der Versorgungsstrukturen sowie Mangel an qualifiziertem Personal gefährden langfristig die Gesundheit der Bevölkerung. Mit unserer humanistischen Gesundheitspolitik wollen wir diese Probleme angehen und unsere Vision eines zukunftsfähigen, patientenorientierten Gesundheitswesens verwirklichen - weltbeste Medizin für alle!"*

b) Keine Aussagen zu finden.

2. Wissenschaft

a und b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Die medizinische Versorgung sollte sich nicht auf Meinungen und Traditionen, sondern auf die wissenschaftliche Evidenz ihrer Wirksamkeit stützen. Medizinische Methoden ändern sich stetig und werden durch fortschreitende wissenschaftliche Erkenntnisse zum Wohl des Patienten verbessert. Ungeachtet dessen haben viele Menschen auch heute noch irrationale Ansichten davon, was Krankheit ist, wie sie entsteht und wie sie überwunden werden kann. Ein Beispiel dafür sind die Lehren der Anthroposophie, die Homöopathie oder einige religiöse Vorstellungen."*

Die Linke

Das Bundestagswahlprogramm von der Partei **Die Linke** ist hier zu finden: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/

Im nachfolgenden Abschnitt finden Sie insbesondere Zitate aus dem Wahlprogramm der Partei **Die Linke**, die direkt oder indirekt die Fragen aus dem AG WELT - Fragenkatalog tangieren:

Ethik, Ehe, Familie

1. Förderung und Schutz der Familie

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Schluss mit der Kriminalisierung der Drogen. Wir wollen den Wunsch nach Rausch nicht moralisch werten. Er ist ein Bestandteil der Kultur, auch wenn damit Risiken und mögliche Schäden verbunden sind."*

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Das Abstammungsrecht wollen wir so reformieren, dass bestehende Benachteiligungen von lesbischen und schwulen Ehen und Lebensgemeinschaften gegenüber heterosexuellen Ehen und Lebensgemeinschaften beseitigt werden. Das beinhaltet auch die rechtliche Anerkennung der Co-Elternschaft sowie von Trans*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Eltern. Dies muss auch rückwirkend gelten."*

c) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir treten für die Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen mit den christlichen Kirchen ein."*

2. Schutz des Lebens

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Unser Feminismus: solidarisch und international. In Brasilien und Polen, Indien und Nigeria, Deutschland und Irland gehen Frauen für ihre Rechte auf die Straße. Sie streiten für ihr Recht auf Abtreibung und gegen Rassismus." - "Wir wollen für Frauen*, trans und nicht-binäre Menschen einen legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbruch. Die Paragraphen 218 bis 219 b Strafgesetzbuch (StGB) wollen wir streichen. Laufende Verfahren nach 219a müssen umgehend eingestellt werden. Öffentliche Krankenhäuser müssen in ihrer Planung dafür sorgen, dass die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen gesichert ist. Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der Gesundheitsversorgung und müssen, wie andere medizinische Leistungen, geregelt werden. Die nötige fachliche Ausbildung dafür muss zum Teil des Medizinstudiums werden."*

b) Keine Aussagen gefunden.

3. Bildung und Erziehung

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"DIE LINKE setzt sich für ein inklusives Bildungssystem ein, in dem Menschen individuell gefördert werden. ... Das*

deutsche Bildungssystem verstärkt die soziale Spaltung der Gesellschaft, statt ihr entgegenzuwirken. ... Das Bildungssystem ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss ausreichend vom Staat finanziert werden. ... Privatisierungen - auch von öffentlichen Bildungseinrichtungen - müssen gestoppt und rückgängig gemacht werden." - "Wir wollen die Rechte von trans* und intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen stärken. Konversionsbehandlungen müssen komplett verboten werden, auch an Erwachsenen. Fürsorge- oder Erziehungsberechtigte müssen zukünftig rechtlich belangt werden können, wenn sie dennoch Konversionsbehandlungen hinnehmen oder veranlassen." - "Wir wollen den elterlichen Hausarrest verbieten. Dieser ist ein veraltetes Erziehungsinstrument, das den Grundrechten von Kindern und Jugendlichen entgegensteht."

b) Keine Aussagen gefunden.

c) U.a. diese Aussage gefunden: "Wir wollen Lobbyismus in Schule und Unterricht unterbinden. Akteure der Wirtschaft drängen seit Jahren aus reinem Eigennutz in die Schulen und bestimmen Lerninhalte zunehmend mit. Darunter leidet die Vielfalt in der Bildung. Kommerzielle Werbung an Schulen muss gesetzlich untersagt werden."

d) Keine Aussagen gefunden.

e) U.a. diese Aussagen gefunden: "Wir verstehen Inklusion als einen Prozess zum Abbau von gesellschaftlichen Ungleichheiten. Er bezieht sich auf all die Menschen, die von Teilhabe ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden: Menschen mit Behinderung, alte Menschen, Geflüchtete, Sinti und Roma, sprachliche und kulturelle Minderheiten, Menschen mit anderen Glaubensbekenntnissen und anderer sexueller Orientierung und viele mehr." - "Wir wollen einen Ethikunterricht, in dem alle Schüler*innen mit ihren unterschiedlichen weltanschaulichen, kulturellen und religiösen Hintergründen gemeinsam über ethische Fragen diskutieren können. Im Rahmen des Bildungsauftrages sollen Schulen auch weiterhin Wissen über Religionen vermitteln. Soweit bekenntnisorientierter Religionsunterricht an Schulen als Wahlfach angeboten wird, sollten sich alle Religionsgemeinschaften beteiligen können." - "Auf die Bewertung verschiedener Lebensentwürfe im schulischen Unterricht muss verzichtet werden. Erziehungsberechtigten darf nicht die Möglichkeit zum Ausschluss ihrer Kinder vom Aufklärungsunterricht angeboten werden."

f) Keine Aussagen gefunden.

Politik, Gesellschaft

1. Grundgesetz, Verfassung, Staat

a) U.a. diese Aussagen gefunden: "Wir wollen Kinderrechte im Grundgesetz verankern." - "... das Recht auf Wohnen wollen wir ins Grundgesetz aufnehmen." - "Wir wollen das Kooperationsverbot zwischen Bund, Länder und Kommunen komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im

*Grundgesetz verankern, damit für alle Kinder und Jugendlichen Bildungsge-
rechtigkeit hergestellt werden kann." - "Die Gemeinschaftsaufgabe Hoch-
schulbau muss wieder im Grundgesetz verankert werden." - "Der Ausstieg
aus der Atomkraft muss im Grundgesetz festgeschrieben und alle in Betrieb
befindlichen Atomkraftwerke müssen unverzüglich abgeschaltet werden." -
"Wir wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen
Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 des Grund-
gesetzes aufnehmen." - "DIE LINKE fordert, in Artikel 3 des Grundgesetzes
eine Schutz- und Förderklausel gegen rassistische Diskriminierung aufzu-
nehmen." - "Wir fordern Minderheitenschutz im Grundgesetz."*

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir müssen reden über die schwache Ver-
ankerung politischer Institutionen, Skepsis gegenüber der Parteiendemokratie."*

c) Keine Aussagen gefunden.

2. "Corona-Pandemie"

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir schlagen ein linkes Programm vor,
das niemanden zurücklässt: einen Plan für den Neustart aus der Pande-
mie heraus. Einen Plan für einen sozial- und klimagerechten Umbau von
Wirtschaft und Infrastruktur. Einen Plan für einen erneuerten Sozialstaat.
Ein Angebot für eine krisensichere Gesellschaft, in der sich die Menschen
wieder aufgehoben und geborgen fühlen." - "Wir lassen niemanden zurück
bei der Überwindung der Corona-Krise. Wir wollen die Gesellschaft und die
Demokratie krisensicherer machen. Es geht uns um Gerechtigkeit und Ge-
borgenheit. Menschen brauchen wieder Anerkennung und sozialen Halt."*

3. Medien

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Unser Ziel ist die Verlagerung weiterer
Bereiche des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in die ostdeutschen Bundes-
länder mit mehr Entscheider*innen mit Ostbiografie." - "DIE LINKE will eine
vielfältige Medienlandschaft, zu der neben privaten Anbietern ein starker
öffentlich-rechtlicher Rundfunk und nicht-kommerzielle Medien gehören."*

b) Keine Aussagen gefunden.

4. Minderheiten

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir fordern bundespolitische Grundsätze
zur Wahrung und Weiterentwicklung der Identität, Sprache und Kultur der
ethnischen Minderheiten sowie Minderheitenschutz im Grundgesetz."*

b) Keine Aussagen gefunden.

5. Kultur

a) und b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir stellen uns gegen rechte
Kampagnen, die Minderheiten zu kriminalisieren versuchen und soziale
Probleme in ethnische bzw. kulturelle Konflikte umdeuten wollen." - "Wir*

machen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur stark." - "Wir betrachten Regional- oder Minderheitensprachen als Ausdruck des kulturellen Reichtums und fördern ihr Angebot in Schulen." - "Gemeinsam mit lokalen Initiativen aus der Zivilgesellschaft wollen wir postkoloniale Kontinuitäten aufarbeiten und reflektieren, um zu einer demokratischen, antifaschistischen Kultur beizutragen, denn erinnern heißt handeln. Wir wollen eine lebendige Erinnerungskultur fördern, die sich an den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft orientiert."

6. Ausländer, Asyl

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Klimageflüchteten darf das Recht auf Asyl nicht weiter verweigert werden." - "Dass die Regierung den rechten Forderungen bei Flucht und Asylrecht nachgegeben hat, hat die extreme Rechte stärker gemacht, nicht schwächer. Die Spaltung der Gesellschaft stärkt zudem religiöse Fundamentalisten." - "Asylrecht ausweiten und durchsetzen!" - "Flucht ist kein Verbrechen! Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden." - "Queeren Menschen, die verfolgt werden, muss uneingeschränkt Asyl bzw. Schutz gewährt werden. Sie dürfen nicht abgeschoben werden - auch nicht in sogenannte sichere Herkunftsländer. Wir wollen flächendeckend Fachstellen für LSBTIQA* Geflüchtete einrichten." - "Mobiltelefone Schutzsuchender werden für Asylentscheidungen systematisch ausgelesen und analysiert. Das schafft gefährliche Präzedenzfälle und bedroht die Grundrechte aller Menschen." - "Die Covid-19-Pandemie hat das Recht auf Asyl noch mehr eingeschränkt und die prekäre Situation vieler Geflüchteter verschärft."*

b) Keine Aussagen gefunden.

c) U.a. diese Aussagen gefunden: *"DIE LINKE tritt für die rechtliche Gleichstellung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein." - "DIE LINKE verteidigt das Selbstbestimmungsrecht von muslimischen Frauen, spricht sich gegen ein Verbot religiös motivierter Bekleidung aus und lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab." - "Wir fordern die Einführung staatlich geschützter Feiertage für jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften."*

Wirtschaft, Wissenschaft

1. Weltwirtschaftsforum

a) Keine Aussagen gefunden.

b) Keine Aussagen gefunden.

2. Energieressourcen

a) U.a. folgende Aussagen gefunden: *"Wir müssen den Umbau zu einer weitgehend kohlendioxidfreien, energie- und ressourcensparenden Wirtschaft und Infrastruktur so schnell wie möglich schaffen, um überhaupt die*

Chance zu haben, das 1,5-Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung noch zu erreichen." - "Wir wollen die Energieversorgung am Gemeinwohl ausrichten und in Stadtwerken und Genossenschaften organisieren. Die gesamte Energie sollte so schnell wie möglich aus erneuerbaren Quellen kommen." - "Um das Klima zu retten, müssen erneuerbare Energien bis 2035 das System der fossilen Energien ersetzen."

b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Die erneuerbaren Energien müssen so ausgebaut werden, dass auf Importe von fossil erzeugten Energien verzichtet werden kann." - "DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende, zum Beispiel Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfer." - "Atomausstieg sofort: Der Ausstieg aus der Atomkraft muss im Grundgesetz festgeschrieben und alle in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke müssen unverzüglich abgeschaltet werden."*

3. Regierungsbeschlüsse, Kollateralschäden

a) Keine Aussagen gefunden.

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Die Entwicklung von Impfstoffen kann nur gemeinschaftlich entstehen und darf nicht von Pharmakonzernen zur Profitmaximierung oder nur auf nationaler Ebene gedacht werden. Der Weltgesundheitsorganisation WHO muss eine breite finanzielle Basis zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen Impfstoffe, die überall einsetzbar sind, schnell produziert werden können und hinter denen keine wirtschaftlichen Interessen stehen - dafür ist der weltweite Aufbau einer öffentlichen Impfstoffproduktion nötig."*

c) Keine Aussagen gefunden.

4. Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes

a und b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Unser Ziel ist es, Stromerzeugung, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft klimaneutral zu machen..." - "Fridays for Future hat weltweit Klimagerechtigkeit und den Umbau der Wirtschaft eingefordert."*

Medizin und Gesundheit

1. Gesundheit

a) U.a. folgende Aussagen gefunden: *"Die Zweiklassenmedizin wollen wir mit einer solidarischen Gesundheitsversicherung ablösen, in die alle einzahlen." - "Medizinische Behandlungspflege, muss auch in stationären Pflegeeinrichtungen, und Einrichtungen der Behindertenhilfe vollständig von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden." - " Medizinische Forschung und Behandlung von Krankheiten werden durch einen Gender Data Gap (Datenlücke zwischen den Geschlechtern) bestimmt." - " Der Klimawandel ist auch ein medizinischer und pflegerischer Notstand: Die*

Zahl hitzebedingter Behandlungen und von Hitzetoten wächst." - "Trans Personen brauchen freien Zugang zu allen notwendigen medizinischen Leistungen (medikamentöse Therapien, Psychotherapie, falls gewünscht Operationen) und die Übernahme der dafür anfallenden Kosten durch die Krankenkassen – auch wenn sie keine Krankenversicherung haben und unabhängig von dem aktuellen Aufenthaltsstatus." - "Die Blutspenderrichtlinie muss dem Stand der Wissenschaft angepasst werden. Ausschlusskriterien und -zeiten, die schwule und bisexuelle Männer sowie trans* Personen diskriminieren, müssen entsprechend abgeschafft bzw. verkürzt werden." - "DIE LINKE fordert eine unabhängige wissenschaftliche Überprüfung, ob die bisherige repressive Drogenpolitik ihre Ziele erreicht und welche Nebenwirkungen sie entfaltet hat. ... Wir wollen die Kriminalisierung von Konsumierenden beenden."*

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Tierschutz als Staatsziel ... Qualzucht, auch bei Haustieren, und medizinisch nicht notwendige Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit wollen wir verbieten."*

2. Wissenschaft

a und b) U.a. folgende Aussagen gefunden: *"Wir wollen den Einfluss der Pharmakonzerne zurückdrängen. Das betrifft Werbung und Beeinflussung von Ärzt*innen, Wissenschaft und Patientenorganisationen. Wir fordern eine transparente, gesetzliche Regelung über Zuwendungen der Pharmaindustrie an Mediziner*innen und Heilberufe." - "Wir wollen gezielt Gelder bereitstellen, um die Gesundheitswissenschaften (Public Health) und die nichtkommerzielle klinische Forschung zu stärken. Die LINKE fordert, dass die Forschung zur Therapie von Langzeitsymptomen einer Covid-19 Infektion («Longcovid») finanziell und bedarfsgerecht gefördert wird."*

FDP

Das Bundestagswahlprogramm der **FDP** ist hier zu finden: www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf

Im nachfolgenden Abschnitt finden Sie insbesondere Zitate aus dem Wahlprogramm der **FDP**, die direkt oder indirekt die Fragen aus dem AG WELT - Fragenkatalog tangieren:

Ethik, Ehe, Familie

1. Förderung und Schutz der Familie

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir Freie Demokraten wollen die Verantwortungsgemeinschaft neben der Ehe gesetzlich verankern. Dabei soll die Ausgestaltung der Rechte und Pflichten innerhalb einer Verantwortungsgemeinschaft stufenweise variiert werden können. Zwei oder mehr volljährige Personen, die sich persönlich nahestehen, aber nicht miteinander verheiratet, verpartnert oder in gerader Linie verwandt sind, sollen eine Verantwortungsgemeinschaft möglichst unbürokratisch gründen können."*

b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir Freie Demokraten fordern die Einführung eines „Partnerschutzes“ analog zum „Mutterschutz“: Nach der Geburt eines Kindes hat der andere Elternteil das Recht, zehn Arbeitstage in Partnerschutz zu gehen." - "Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft und verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen. Wir Freie Demokraten wollen eine moderne Familienpolitik für Deutschland, in der jede Familie ihre Entscheidungen selbst treffen kann. Wir setzen uns für ein modernes Sorge-, Adoptions-, Reproduktions- und Abtreibungsrecht ein." - "Die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin sollen allen Menschen unabhängig vom Familienstand und der sexuellen Orientierung zugänglich sein."*

c) Keine Aussagen gefunden.

2. Schutz des Lebens

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir setzen uns für ein modernes Sorge-, Adoptions-, Reproduktions- und Abtreibungsrecht ein." - "Wir Freie Demokraten fordern, Paragraph 219a des Strafgesetzbuchs (StGB) ersatzlos zu streichen. Es ist abwegig, dass sachliche Informationen auf der Homepage einer Ärztin oder eines Arztes über einen legalen ärztlichen Eingriff strafbares Unrecht sein sollen. Ein Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland nach der Maßgabe des Paragraphen 218 ff.StGB straffrei. Die sachliche Information darüber kann daher kein strafbares Unrecht sein."*

b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir Freie Demokraten fordern ein liberales Sterbehilfegesetz. Es soll klar regeln, unter welchen Voraussetzungen*

Menschen Hilfe zur Selbsttötung in Anspruch nehmen und leisten dürfen. Es muss auch die Möglichkeit geben, ein letal wirkendes Medikament zu erhalten. Voraussetzung muss sein, dass der Wunsch frei und eigenverantwortlich sowie im Vollbesitz der geistigen Kräfte gebildet wurde. Für uns gilt das Selbstbestimmungsrecht auch am Lebensende." - "Artenschutz: Wir Freie Demokraten wollen das Artensterben bestmöglich verhindern. Der Erhalt der Artenvielfalt ist eine Menschheitsaufgabe und eine ethische Verpflichtung. Er ist zugleich ökologisch, ökonomisch und medizinisch sinnvoll und notwendig." - "Seenotrettung: Frontex sollte auch die Seenotrettung übernehmen, um endlich das grausame Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden. Hierbei handelt es sich um eine staatliche Aufgabe."

3. Bildung und Erziehung

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Investieren wir massiv in die Grundlagen von Aufstieg und Wachstum: unser Bildungssystem." - "Wir Freie Demokraten wollen ein starkes duales Bildungssystem." - "Wir Freie Demokraten fordern bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur sowie qualitativ hochwertige Bildungsstandards."*

b) Keine Aussagen gefunden.

c) Keine Aussagen gefunden.

d) Keine Aussagen gefunden.

e) Keine Aussagen gefunden.

f) Keine Aussagen gefunden.

Politik, Gesellschaft

1. Grundgesetz, Verfassung, Staat

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Leitbild Grundgesetz: Wir Freie Demokraten fordern ein integrationspolitisches Leitbild. Dieses umfasst das Grundgesetz mit seinem Grundrechtekatalog, ist religionsunabhängig und spiegelt die gesellschaftliche Vielfalt in Einheit wider. Es soll die Prinzipien Weltoffenheit, Toleranz und Eigenverantwortung als Grundlage der Integration betonen und aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland heraus verstehbar machen. Sprach- und Integrationskurse müssen daher vom ersten Tag an flächendeckend und kostenlos angeboten, aber auch angenommen werden. Ziel der Integrationskurse muss es vor allem sein, den Respekt vor unserer Rechtsordnung und Demokratie zu vermitteln, insbesondere die Gleichheit von Frau und Mann, die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten, sowie die Toleranz gegenüber allen Formen des Glaubens und des Nichtglaubens." - "Wir fordern eine Reform des Bildungsföderalismus und eine Grundgesetzänderung, damit Bund und Länder zusammen für die Sicherstellung der Qualität, die Leistungsfähigkeit und die Weiterentwicklung des Bildungswesens wirken können." - "Wir wollen hierbei die Aufgaben von Nachrichtendienst-*

ten und Polizei voneinander getrennt halten und dieses Trennungsgebot im Grundgesetz verankern." - "Wir Freie Demokraten fordern die Erweiterung des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität und ein vollständiges Verbot sogenannter „Konversionstherapien“. Wir wollen das Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer endlich abschaffen. Für die Eignung ist nicht die sexuelle Identität maßgeblich, sondern das individuelle Risikoverhalten eines jeden Menschen. Wir setzen uns für einen Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit ein."

b) Keine Aussagen gefunden.

c) Keine Aussagen gefunden.

2. "Corona-Pandemie"

a) U.a. diese Aussage gefunden: "Die schnelle Entwicklung von Impfstoffen gegen Covid-19 durch deutsche Forscherinnen und Forscher zeigt: Harte Arbeit, Entschlossenheit und Erfindergeist können Berge versetzen. Die Grundlage dafür ist Freiheit. Nie war sie wichtiger! Holen wir uns unsere Freiheit mit einem Neustart der Politik zurück. Werden wir das Land, das in uns steckt."

3. Medien

a) U.a. diese Aussage gefunden: "Wir Freie Demokraten wollen einen moderneren und schlankeren öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), der sich primär auf Nachrichten, Kultur, politische Bildung und Dokumentationen konzentrieren soll." - "Die Verhältnismäßigkeit zwischen Rundfunkbeitrag und Wettbewerb muss gewahrt sein. Konkurrenz zu jedem Internet-Angebot privater Presse- und Medienhäuser ist nicht Aufgabe des ÖRR. Wir wollen die Medien- und Meinungsvielfalt stärken."

b) Keine Aussagen gefunden.

4. Minderheiten

a) und b) U.a. diese Aussage gefunden: "Wir Freie Demokraten wollen das Transsexuellengesetz abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen. Änderungen des Geschlechtseintrags im Personenstand müssen ohne diskriminierende Hürden grundsätzlich per Selbstauskunft möglich sein."

5. Kultur

a) und b) U.a. diese Aussagen gefunden: "Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz durch Aufnahme des Artikels 20b mit dem Satz „Der Staat schützt und fördert Kultur“ festzuschreiben." - "Wir stehen für eine lebendige Kulturszene und die Entfaltung individueller Kreativität. Wir wollen die Gesellschaft zusammenhalten, ohne dass sich alle einem vorgegebenen Lebensentwurf anpassen müssen. Wir respektieren die persönliche Entscheidung jeder und jedes Einzelnen, weil

wir darin die Grundlage für die Freiheit der Menschen erkennen." - " Die interkulturelle Verständigung ist das beste Mittel gegen Populismus und nationale Engstirnigkeit." - "Tanzverbote und ähnliche Einschränkungen an stillen Feiertagen wollen wir abschaffen."

6. Ausländer, Asyl

a) U.a. diese Aussagen gefunden: "Deutschland ist ein Einwanderungsland." - "Wir Freie Demokraten wollen ein Einwanderungsrecht aus einem Guss in Form eines zusammenhängenden Einwanderungsgesetzbuches schaffen." - "Für uns Freie Demokraten ist das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte unantastbar. Dazu gehört auch die politische Verfolgung aus religiösen Gründen oder aufgrund der sexuellen Identität."

b) U.a. diese Aussage gefunden: "Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch eine konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht durch Abschiebung und die Schaffung von ausreichend Abschiebehaftplätzen."

c) U.a. diese Aussagen gefunden: "Wir Freie Demokraten fordern eine gemeinsame Präventionsstrategie von Bund und Ländern gegen islamistische Radikalisierung." - "Wir wollen liberalen und progressiven Muslimen, die weniger in den muslimischen Verbänden organisiert sind, ein stärkeres Gewicht einräumen."

Wirtschaft, Wissenschaft

1. Weltwirtschaftsforum

a) Keine Aussagen gefunden.

b) Keine Aussagen gefunden.

2. Energieressourcen

a) U.a. diese Aussage gefunden: "Wir Freie Demokraten wollen die Energiewende stärker innovativ, technologieoffen, international und als Gesamtsystem denken. Denn es geht nicht nur um Strom, sondern auch um Wärme und Kälte für Gebäude, Industrieprozesse sowie Kraftstoffe für den Verkehr. Wir werden die Klimaschutzziele nicht erreichen, indem wir in Deutschland nur auf direkte Elektrifizierung auf Basis erneuerbaren Stroms setzen. Unser Ziel ist ein kosteneffizientes, sicheres und weltweit vernetztes europäisches Gesamtsystem „Energieversorgung“. Wir wollen eine naturwissenschaftlich fundierte Energiepolitik, die auf Innovation, Wettbewerb und hohe gesellschaftliche Akzeptanz setzt."

b) U.a. diese Aussage gefunden: "Wir Freie Demokraten wollen ein regelmäßiges Monitoring (Stresstest) für Versorgungssicherheit mit Energie und dazu klare Kriterien gesetzlich festschreiben. Denn die sichere und zuverlässige Versorgung mit Strom, Wärme, Kälte und Kraftstoff zu jeder Zeit an jedem Ort hat für uns Priorität. Sie darf durch klima- und energiepoli-

tische Maßnahmen nicht gefährdet werden. Kohle- und Atomausstieg und die zunehmende Einspeisung aus zeit- und wetterabhängig schwankender Wind- und Sonnenenergie stellen unser Energiesystem vor enorme Herausforderungen."

3. Regierungsbeschlüsse, Kollateralschäden

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"... nur mit Wachstum wird es gelingen, die Folgen der Coronapandemie zu überwinden.*

b) U.a.

c) Keine Aussagen gefunden.

4. Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes

a und b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Gerade der Mittelstand soll bei der Entwicklung von Konzepten unterstützt werden." - "Geben wir Mittelstand, Selbstständigen und Start-ups mehr Raum für Erfolg und kreative Lösungen!" - "Wir Freie Demokraten lehnen eine einmalige Vermögensabgabe ebenso ab wie die Wiederbelebung der Vermögensteuer. Beides ist für unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft ein Hemmschuh bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie, weil den Unternehmen Liquidität unabhängig von deren Ertragslage entzogen wird."*

Medizin und Gesundheit

1. Gesundheit

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Die digitale Modernisierung unserer Verwaltung und unseres Gesundheitswesens rettet im wahrsten Sinne des Wortes Leben." - "Wir wollen allen Menschen eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sichern." - "Wir Freie Demokraten wollen die Entbürokratisierung des Gesundheitswesens vorantreiben." - "Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Wir setzen uns dafür ein, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben."*

b) Keine Aussagen gefunden.

2. Wissenschaft

a und b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Das Ausgrenzen anderer Meinungen (Cancel Culture) widerspricht dem Verfassungsgrundsatz der Freiheit von Forschung und Lehre. Innerhalb der Grenzen des Grundgesetzes müssen auch schwer erträgliche Meinungen geäußert werden können. Deshalb wollen wir wissenschaftseigene Mechanismen der ethischen Selbstkontrolle stärken." - "Wir Freie Demokraten verteidigen die Freiheit von Forschung und Lehre. Wissenschaft lebt von einer offenen Debattenkultur."*

FREIE WÄHLER

Das Bundestagswahlprogramm der Partei **Freie Wähler** ist hier zu finden: www.freiewaehler.eu/template/elemente/208/FREIE%20W%C3%84HLER_Wahlprogramm-BTW21.pdf

Im nachfolgenden Abschnitt finden Sie insbesondere Zitate aus dem Wahlprogramm der Partei **Freie Wähler**, die direkt oder indirekt die Fragen aus dem AG WELT - Fragenkatalog tangieren:

Ethik, Ehe, Familie

1. Förderung und Schutz der Familie

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Es ist unsere ethisch und ökologisch begründete Überzeugung, den verantwortungsvollen Umgang mit Lebensmitteln zu fördern." - "Wir machen uns stark für die artgerechte Nutztierhaltung und Weidebewirtschaftung. Eine gezielte Entnahme von Wildtieren zur Ermöglichung der naturnahen Nutztierhaltung erachten wir als ethisch geboten." - "Wir befürworten den Einsatz von künstlicher Intelligenz. Bei allen positiven Aspekten darf man die Risiken nicht außer Acht lassen. Es bedarf ethisch - verantwortungsvoller, sicherheitstechnischer und datenschutzrechtlicher Rahmensetzungen."*

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Die Familie ist ein Ort der Sicherheit und Geborgenheit und gibt im Alltag Halt. Wir wollen jungen Menschen ermöglichen, sich auch in der heutigen Zeit bewusst für Kinder, Familie, Lebensgemeinschaft und Ehe zu entscheiden. ... Unter Familie verstehen wir jede Einheit von zwei (hetero- oder homosexuellen) Partner*innen oder von Alleinerziehenden mit Kindern."*

c) Keine Aussagen gefunden.

2. Schutz des Lebens

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir stehen bei Schwangerschaftsabbrüchen zum gesellschaftlichen Konsens in Deutschland und wollen die bestehenden gesetzlichen Regelungen beibehalten. Es muss aber mehr dafür unternommen werden, dass sich werdende Mütter und Paare für Kinder und nicht gegen sie entscheiden. Bessere soziale Rahmenbedingungen, sichere Arbeitsplätze, ausreichend Wohnraum und weniger Zukunftsängste sind hierbei ein zentraler Arbeitsauftrag an den Staat. Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist von herausragender Bedeutung und muss zwingend erhalten bleiben. Wir stehen für einen flächendeckenden und diskriminierungsfreien Zugang zu einer sicheren medizinischen Versorgung bei dem Wunsch nach Schwangerschaftsabbruch und setzen uns für die Rechtssicherheit von Ärzt*innen ein, die über ihr Leistungsangebot in*

diesem Bereich informieren. Eine kommerzielle Bewerbung von Schwangerschaftsabbrüchen muss aber weiterhin illegal bleiben. - "Tierschutz umsetzen: Eine wesentliche Aufgabe beim Schutz der Lebewesen ist es, solche gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, die ein ethisches und wertebasiertes Handeln fördern und unethischem Verhalten klare Grenzen setzen."

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Das Recht auf ein selbstbestimmtes Sterben mit der Freiheit, dabei auch Angebote Dritter in Anspruch zu nehmen, muss laut dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Gesetzgeber eingeräumt werden."*

3. Bildung und Erziehung

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir wollen eine bundesweite Bildungspolitik, bei der alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ihre Lebensstüchtigkeit und ihre Fertigkeiten ausbilden können. ... Grundvoraussetzungen für eine pädagogisch hochwertige Betreuung sind bundesweit einheitliche Ausbildungsinhalte... Wir wollen den Ausbau von kostenfreien Ganztagschulen bundesweit vorantreiben, um unser Bildungssystem mit pädagogisch hochwertigen Angeboten auszustatten und zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen." - "Die Angleichung der bundesweiten Bildungsstandards wollen wir mit dem langfristigen Ziel vorantreiben, die Zersplitterung des Schulsystems zu überwinden und überall in Deutschland gleichwertige Strukturen und Lernbedingungen auf höchstem Niveau zu schaffen. Bei den Abituraufgaben sehen wir die Zukunft weiter in einer großen Eigenständigkeit der Länder, jedoch sollte ein gewisser Prüfungsanteil als deutschlandweiter identischer Bestandteil integriert werden, um ein Mindestmaß an gleichem Anspruch zu gewährleisten."*

b) Keine Aussagen gefunden.

c) Keine Aussagen gefunden.

d) Keine Aussagen gefunden.

e) Keine Aussagen gefunden.

f) Keine Aussagen gefunden.

Politik, Gesellschaft

1. Grundgesetz, Verfassung, Staat

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Deutschland ist ein säkularer Staat. Wir erteilen jeglichen politischen Vorstößen eine Absage, welche die Grundwerte unserer Verfassung unterwandern wollen. Insbesondere religiöse Gebote, die unserem Grundgesetz widersprechen, dürfen weder unsere Rechtsprechung noch unser gesellschaftliches Zusammenleben beeinträchtigen." - "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat. Dies wird durch unser Grundgesetz gewährleistet. Insbesondere die dort enthaltenen Grundrechte schaffen eine freie und demokratische*

Gesellschaftsordnung." - "Unsere Wertvorstellung zu Ehe, Lebensgemeinschaft und Familie wird von der großen Mehrheit der Bevölkerung gelebt. Auf Basis des Grundgesetzes und der einfachen Gesetze kann jeder Mensch in unserer freiheitlichen Gesellschaft seine sexuelle Orientierung nach seinen Überzeugungen leben." - " Wir streben die Aufnahme der nationalen Minderheiten ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland an."

b) Keine Aussagen gefunden.

c) Keine Aussagen gefunden.

2. "Corona-Pandemie"

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir müssen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands als Grundlage unseres Wohlstands sichern, gerade auch in Zeiten wiederholter Corona-Lockdowns. Dazu sind intelligente und zielführende Maßnahmen gefragt, welche das Wirtschaftsleben möglichst wenig beeinträchtigen und trotzdem Infektionsschutz bieten, beispielsweise der gezielte Einsatz von FFP2-Masken statt Schließungen von Läden und Kultureinrichtungen."*

3. Medien

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Allerdings müssen wir feststellen, dass das Vertrauen in unsere Demokratie zunehmend schwindet. Über die Medien verbreiten sich Verschwörungstheorien, Pseudowissenschaft, Unwahrheiten und extremistisches Gedankengut. Auf der anderen Seite wird der Qualitätsjournalismus als „Lügenpresse“ verunglimpft, Fakten verlieren an Bedeutung und nur noch Gefühlsregungen bestimmen die persönliche politische Verortung."*

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Eine bunte Medienlandschaft garantiert Meinungsvielfalt."*

4. Minderheiten

a) und b) U.a.

5. Kultur

a) und b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir wollen Kunst und Kultur pflegen und fördern, Tradition und Brauchtum bewahren und die geistigen Werte unserer Heimat für nachfolgende Generationen sichern." - "Die abendländische Kultur ist prägend für unsere aufgeklärte, offene und vielfältige Gesellschaft heute. Um unsere Traditionen zu pflegen und den Interessen der Mehrheitsgesellschaft gerecht zu werden, lehnen wir jegliche Versuche entschieden ab, unsere christlichen Feiertage infrage zu stellen. Sie sind Teil unseres Wertefundaments und ihr Begehen gibt den Menschen eine wichtige Orientierung."*

6. Ausländer, Asyl

a) Keine Aussagen gefunden.

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Eine verfehlte Zuwanderungspolitik darf nicht zum Sicherheitsrisiko für unsere freiheitliche Gesellschaft werden. Deshalb fordern wir die sofortige Abschiebung von Gefährder*innen und wiederholt straffälligen Flüchtlingen in unserem Land. Solche, die mangels Papiere oder Rücknahmebereitschaft des Herkunftslands nicht abgeschoben werden können, müssen als Sicherheitsrisiko eingestuft und in Abschiebehaft genommen werden. Auch dem Straftatbestand der Bildung einer terroristischen Vereinigung muss konsequent mehr Beachtung geschenkt werden. Aus unserer Sicht darf nicht erst etwas passieren, bevor der Staat handelt."*

c) U.a. diese Aussage gefunden: *"Mit Sorge sehen wir die Radikalisierungen vor allem in arabischsprachigen Moscheen und Koranschulen in Deutschland. Dem müssen wir Einhalt gebieten und den Kindern und Jugendlichen auch eine Interpretation des Islams anbieten, die den Werten unserer offenen Gesellschaft entspricht. Wir sprechen uns deshalb, wo dies geboten ist, für die Einführung eines deutschsprachigen Islamunterrichts unter staatlicher Aufsicht aus. Dabei müssen die Lehrer*innen an deutschen Hochschulen ausgebildet werden. Ebenso müssen Imame einer islamischen Religionsgemeinschaft an deutschen Hochschulen ausgebildet werden, nur mit einer solchen Ausbildung darf eine Zulassung erfolgen."*

Wirtschaft, Wissenschaft

1. Weltwirtschaftsforum

a) Keine Aussagen gefunden.

b) Keine Aussagen gefunden.

2. Energieressourcen

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Die negativen Folgen des Klimawandels sind bereits ersichtlich und spürbar. Neben Maßnahmen zum Klimaschutz benötigen wir Lösungen zur Bekämpfung der Klimafolgen." - "Die Wirtschaft und die Digitalisierung verschiedener Lebensbereiche brauchen eine stabile, kostengünstige und nachhaltige Energieversorgung. Wir stehen für ein verlässliches, flexibles Energieversorgungssystem. Wir wollen die dezentrale Energiegewinnung aus regenerativen Quellen klimagerecht ausbauen."*

b) Keine Aussagen gefunden.

3. Regierungsbeschlüsse, Kollateralschäden

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir müssen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands als Grundlage unseres Wohlstands sichern, gerade auch in Zeiten wiederholter Corona-Lockdowns."*

b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir wollen den Bürgerwillen auch in diesem Bereich ernst nehmen und keine Kompromisse mit Gentechnikkonzernen eingehen."*

c) Keine Aussagen gefunden.

4. Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes

a und b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir wollen den industriellen Mittelstand beim Zugang zu schnellem Internet unterstützen." - "Wir brauchen ernsthafte Steuersenkungen für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland und keine Fortsetzung der Ankündigungspolitik." - "Gerade kleinere Unternehmen und das Handwerk haben andere Ansprüche an die Wirtschaftspolitik als global handelnde Konzerne. Sie sind häufig inhaber- oder familiengeführt und stehen deshalb für eine gesellschaftliche Verankerung und Verantwortung. Sie benötigen spezielle Voraussetzungen im Wettbewerb mit Großkonzernen und sind einem großen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Zugang zu Wissen, Fachkräften und Kapital sind Grundbedingungen für ihren Erfolg, den wir gewährleisten wollen."*

Medizin und Gesundheit

1. Gesundheit

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Die vielfältige Trägerschaft der Krankenhäuser hat sich bewährt und soll erhalten bleiben. Dabei wollen wir jedoch keine Gewinnmaximierung auf Kosten der Patient*innen und des Gesundheitssystems. Eine stationäre Krankenhaus- und Notfallversorgung aller Bürger*innen in allen Teilen unseres Landes muss gewährleistet bleiben." - "Schutzimpfungen gehören zu den wichtigen präventiven Maßnahmen, die im Gesundheitswesen zur Verfügung stehen. ... Damit die Erfolgsgeschichte anhält, muss eine effektive Impfberatung durch die Hausärzt*innen weiter gestärkt werden. Ein Impfwang würde dem Vertrauen der Bevölkerung in das Gesundheitssystem schweren Schaden zufügen. Wir lehnen solche Überlegungen ab." - "Die Einteilung in weiche und harte Drogen ist veraltet. Daher stehen wir der Legalisierung weiterer Drogen..."*

b) Keine Aussagen gefunden.

2. Wissenschaft

a und b) Keine Aussagen gefunden.

SPD

Das Bundestagswahlprogramm der **SPD** ist hier zu finden: www.spd.de/file-admin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf

Im nachfolgenden Abschnitt finden Sie insbesondere Zitate aus dem Wahlprogramm der **SPD**, die direkt oder indirekt die Fragen aus dem AG WELT - Fragenkatalog tangieren:

Ethik, Ehe, Familie

1. Förderung und Schutz der Familie

a) Keine Aussagen gefunden.

b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"In der Familie wird füreinander Verantwortung übernommen. Die Ehe ist und bleibt dafür attraktiv. Deshalb haben wir die Ehe für alle durchgesetzt. Zugleich ist klar, Verantwortung hängt nicht am Tauschein. Wir werden vielfältige Familienmodelle rechtlich absichern. Mit der Verantwortungsgemeinschaft schaffen wir nach dem Vorbild des französischen „Pacte civil de solidarité (PACS) eine Möglichkeit des füreinander Einstehens für alle, zu deren Lebenssituation das klassische Ehe-Modell nicht passt. Mit der Verantwortungsgemeinschaft unterstützen wir beispielsweise Regenbogenfamilien zusätzlich darin, füreinander Sorge zu tragen und Verantwortung zu übernehmen, wenn sich mehrere Menschen mit oder anstelle der biologischen Eltern um Kinder kümmern. Wir schaffen ein modernes Abstammungsrecht. Wir setzen uns ein für gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner*innen in der Ehe, insbesondere bei Adoptionen. Kein Gericht sollte künftig mehr über die Anpassung des Personenstandes entscheiden. Psychologische Gutachten zur Feststellung der Geschlechtsidentität werden wir abschaffen. Jeder Mensch sollte selbst über sein Leben bestimmen können. Wir wollen, dass trans-, inter- und nicht binäre Menschen im Recht gleich behandelt werden, deshalb werden wir das Transsexuellengesetz reformieren. Das Diskriminierungsverbot wegen der geschlechtlichen und sexuellen Identität werden wir in Art. 3 Abs. 3 GG aufnehmen. Die gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter und Identitäten ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft. So können alte Rollen- und Denkmuster aufgebrochen werden. Wir setzen uns für die Anerkennung und Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans-, Inter- und queeren Menschen (LSBTIQ*) ein. Wir setzen uns die rechtliche Absicherung von LSBTIQ*-Familien und Trans* und Inter*Personen zum Ziel."*

c) Keine Aussagen gefunden.

2. Schutz des Lebens

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Frauen und Paare, die sich in einer Konfliktsituation für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und einer wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung - das gilt ambulant wie stationär. Deshalb müssen Länder und Kommunen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als Grundversorgung anbieten. Wir erkennen die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an und wollen auch deshalb den Paragraphen 219a abschaffen. Zudem stellen wir in Hinblick auf die Paragraphen 218 ff. fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht. In der Familie wird füreinander Verantwortung übernommen. Die Ehe ist und bleibt dafür attraktiv. Deshalb haben wir die Ehe für Alle durchgesetzt."*

b) Keine Aussagen gefunden.

3. Bildung und Erziehung

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Ganztagsschulen sind Lern- und Lebensorte, wo gute Chancen für alle ermöglicht und sichergestellt werden. Schule erreicht jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft. Der Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot im Grundschulalter ist ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit..."*

b) Keine Aussagen gefunden.

c) Keine Aussagen gefunden.

d) U.a. diese Aussage gefunden: *"Es gilt auf allen Ebenen der Anti-Gender-Bewegung entgegenzutreten."*

e) Keine Aussagen gefunden.

f) Keine Aussagen gefunden.

Politik, Gesellschaft

1. Grundgesetz, Verfassung, Staat

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wir werden starke Kinderrechte auf Schutz, Beteiligung und Förderung und den Vorrang des Kindeswohls im Grundgesetz verankern." - "Wir wollen Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern."*

b) U.a. diese Aussage getroffen: *"Wir werden das Wahlalter für junge Menschen auf 16 Jahre senken."*

c) Keine Aussage gefunden.

2. "Corona-Pandemie"

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Das neue Jahrzehnt beginnt mit der Herausforderung der Corona-Pandemie. Für viele Bürger*innen und Unternehmen bedeutet diese Krise harte Einschränkungen. Umso bemerkenswerter"*

ist die Bereitschaft, Solidarität zu üben, um uns alle zu schützen und dafür auch Einschnitte in die persönliche Freiheit zu akzeptieren."

3. Medien

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir begreifen Medienpolitik auf allen staatlichen Ebenen als Gesellschaftspolitik." - "Wir setzen uns gesamtstaatlich für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein und unterstützen die Länder darin, den Auftrag in einer digitalen Medienwelt weiter zu entwickeln." - "Gerade jetzt braucht es öffentlich-rechtliche Angebote, die eine umfassende und tiefgreifende journalistische Berichterstattung sicherstellen." Wir begrüßen die Überlegungen zu einer europäischen Medienplattform, die die Qualitätsinhalte der öffentlich-rechtlichen Medien Europas für alle Bürger*innen grenzüberschreitend zugänglich macht."*

b) Keine Aussagen gefunden.

4. Minderheiten

a) und b) Keine Aussagen gefunden.

5. Kultur

a) und b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir werden die wissenschaftliche und gesichtsdidaktische Aufbereitung der Zeitzeugenberichte und des Quellenmaterials zur NS-Zeit besser unterstützen." - " Mit Blick auf die von Deutschen verübten Kolonialverbrechen werden wir auch bundespolitisch die Entwicklung einer postkolonialen Erinnerungskultur fördern. Zu ihr gehören ein veränderter Umgang mit kolonial belastetem Sammlungsgut in Museen."*

6. Ausländer, Asyl

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Das Asylsystem soll weiter europäisiert und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen zu einer vollwertigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden."*

b) Keine Angaben gefunden.

c) U.a. diese Aussage gefunden: *"Es geht darum, allen Bürger*innen zu garantieren, dass sie dieselben Chancen und Möglichkeiten haben - frei von Diskriminierung. Dafür werden wir ... nachdrücklich gegen ... Islamfeindlichkeit ... vorgehen."*

Wirtschaft, Wissenschaft

1. Weltwirtschaftsforum

a) Keine Aussagen gefunden.

b) Keine Aussagen gefunden.

2. Energieressourcen

- a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Um in Deutschland bis spätestens 2045 treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom spätestens bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen."*
- b) Keine Aussagen gefunden.

3. Regierungsbeschlüsse, Kollateralschäden

- a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Solidarität werden wir weiterhin den Wirtschaftsbereichen zukommen lassen, die in der Corona-Pandemie zugunsten der Gesundheit aller besondere Einbußen hinnehmen mussten. Das gilt für die Kulturwirtschaft, ebenso für die Tourismuswirtschaft, inklusive des Hotel- und Gaststättenwesens, die nach der Pandemie andere sein werden als zuvor. Viel stärker als bisher wird sich der Fokus auf den inländischen Tourismus richten. Darin steckt eine Chance, diesen zentralen Wirtschaftszweig nachhaltig, klimabewusst und modern auszurichten."*
- b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Global agierende Konzerne müssen sich an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen."*
- c) Keine Aussagen gefunden.

4. Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes

- a und b) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Die Zukunft gehört den elektrischen Antrieben. Wir wollen diese Entwicklung aktiv gestalten, damit die Automobilindustrie Leitindustrie bleibt und die Zukunft der vielen kleinen und mittelständischen Zulieferer mit ihren Arbeitsplätzen gesichert ist. Wir wollen die Elektrifizierung des Verkehrs massiv voranbringen. 2030 sollen mindestens 15 Millionen PKW in Deutschland voll elektrisch fahren." - "Wir werden dazu die Innovationsförderung aufstocken, die Forschung in die mittelständische Praxis mit Partnerschafts- und Kooperationsförderungen vorantreiben und die Förder- und Kreditprogramme für den Mittelstand im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz ausbauen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden einen niederschweligen Zugang zu Fördermitteln erhalten."*

Medizin und Gesundheit

1. Gesundheit

- a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische Finanzierung. Steuerzuschüsse und Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben für die Reform des Systems verbunden werden. Wir werden eine Bürgerversicherung einführen." - "Eine regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene soll in Modellprojekten von Ländern und Kommunen erprobt werden können, begleitet durch Maßnahmen der Prävention, Beratung und Behandlung im Jugendbereich."*

Zudem werden wir bundeseinheitlich regeln, dass der Besitz kleiner Mengen von Cannabis strafrechtlich nicht mehr verfolgt wird."

b) Keine Aussagen gefunden.

2. Wissenschaft

a und b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Eine besondere Bedeutung kommt dem Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen mit der Gesellschaft zu. Wir werden deshalb mehr Fördergelder für Open Science und Wissenschaftskommunikation bereithalten."*

WIR2020

Das Bundestagswahlprogramm (Entwurf) der Partei **WIR2020** ist hier zu finden: www.wir2020bw.de/programm/

Im nachfolgenden Abschnitt finden Sie insbesondere Zitate aus dem Wahlprogramm der Partei **WIR2020**, die direkt oder indirekt die Fragen aus dem AG WELT - Fragenkatalog tangieren:

Ethik, Ehe, Familie

1. Förderung und Schutz der Familie

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Wir gehen von einem ganzheitlichen Menschenbild aus. Der Mensch ist ein körperliches (biologisches), ein soziales und ein kulturelles Wesen." - "Der nachhaltige Umgang mit der natürlichen Umwelt und der Schutz der Tiere sind nicht nur ethisch-moralische Notwendigkeiten, sondern tragen auch entscheidend zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen bei."*

b) Keine Aussagen gefunden.

c) Keine Aussagen gefunden.

2. Schutz des Lebens

a) Keine Aussagen gefunden.

b) Keine Aussagen gefunden.

3. Bildung und Erziehung

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"Jeder Mensch soll sich die Lern- und Bildungsmethode suchen können, die ihm entspricht. Kindergärten, Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen müssen deshalb die Freiheit haben, ihre Methoden und Inhalte nach den Bedürfnissen der Lernenden und den Fähigkeiten der Lehrenden selbst zu entwickeln bzw. auszuwählen. Kitas und Schulen müssen zu Orten werden, an denen die individuelle Entwicklung der Kinder und Jugendlichen im Zentrum steht und in ganzheitlicher Weise gefördert wird." - "Die staatliche Aufsicht über die Bildungseinrichtungen soll sich auf die Überprüfung der Einhaltung demokratischer Prinzipien und Menschenrechte, der Vereinbarkeit der Lehrinhalte und -methoden mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und dem Grundgesetz sowie der Gleichwertigkeit der Abschlüsse beschränken." - "WiR2020 fordert eine umfassende Selbstverwaltung der Schulen. Entscheidungen über Fragen des Unterrichts und der Schulorganisation sollen demokratisch unter Einbeziehung aller Betroffenen erfolgen."*

b) Keine Aussagen gefunden.

c) Keine Aussagen gefunden.

d) U.a. diese Aussage gefunden: *"Die freie Entwicklung der Sprache findet erwartbar selbst die beste neue Form, und ihre Anwendung und ihr Verständnis bedeuten unmittelbar den Konsens darüber."*

e) Keine Aussagen gefunden.

f) Keine Aussagen gefunden.

Politik, Gesellschaft

1. Grundgesetz, Verfassung, Staat

a) U.a. diese Aussagen gefunden: *"WiR2020 ist davon überzeugt, dass Freiheit in allen Institutionen des geistig-kulturellen Bereichs herrschen muss. Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen und Hochschulen, Forschungseinrichtungen und wissenschaftliche Institutionen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Medien, Medizin- und Gesundheitsorganisationen, Kunst- und Kultureinrichtungen, öffentliche Sportorganisationen sollen frei, eigenständig und in Selbstverwaltung organisiert sein. Sie dürfen keinen wirtschaftlichen Zielen und Zwängen oder politischer Beeinflussung unterworfen sein, solange sie sich am Grundgesetz orientieren." - "Änderungen des Grundgesetzes, die der Bundestag beschlossen hat, müssen durch Volksentscheide bestätigt werden. Gibt der Bundestag Kompetenzen an die EU ab, muss auch hier das Volk zustimmen."*

b) Keine Aussagen gefunden.

c) Keine Aussagen gefunden.

2. "Corona-Pandemie"

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Menschen sind in der Lage, auch in Krisenzeiten vernünftig zu handeln und wenn nötig, sich selbst und andere zu schützen. WiR2020 fordert, dass demokratische Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, die Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung durch die Politik nicht eingeschränkt werden dürfen. Die Politik hat im Falle einer Krise lediglich für eine vollständige öffentliche Aufklärung der möglichen Risiken zu sorgen. WiR2020 fordert die sofortige Rücknahme der unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen wie Maskenpflicht an Schulen, Einschränkungen bzw. Schließungen von Kultureinrichtungen und gastronomischen Betrieben, öffentliches Versammlungsverbot, etc. Es darf weder eine direkte noch eine indirekt wirkende Impfpflicht geben. Die Entscheidung über eine Impfung ist rein persönlich und darf auf keinen Fall staatlich vorgeschrieben werden. WiR2020 fordert deshalb auch die sofortige Rücknahme des Masernschutzgesetzes."*

3. Medien

a) und b) U.a. diese Aussage gefunden: *"WiR2020 setzt sich dafür ein, dass jeder Bürger selbst entscheiden kann, welchen Medienunternehmen sein*

Rundfunkbeitrag zufließen soll. Entscheidet er nicht, wird sein Anteil auf die 10 meist-gewählten Medien seines Bundeslandes verteilt. Medienunternehmen, die von Bürgern ausgewählt werden wollen, müssen ihr Angebot im Internet und Fernsehen kostenfrei abrufbar machen."

4. Minderheiten

a) und b) Keine Aussagen gefunden.

5. Kultur

a) und b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Auf kultureller Ebene brauchen wir die Möglichkeit zu kreativer Selbstverwirklichung in individueller Freiheit."*

6. Ausländer, Asyl

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"WiR2020 steht fest hinter dem Prinzip der Gewährung von Asyl an Flüchtende, und dass Menschen in Not in bevorzugter Weise Aufnahme und Fürsorge gewährt wird. Wo aber Asyl per se eine Not und eine Notlösung bedeutet, leitet sich in genau gleicher Weise daraus ab, Ursachen für Flucht und Elend frühzeitig zu identifizieren und diesen entschieden entgegen zu wirken. ... Es sollen keine Anreize geschaffen werden, die geeignet sind, Flucht und Migration zusätzlich zu fördern. Gefahren, die während der Flucht entstehen, müssen frühzeitig in den Entscheidungen zur Erlaubnis von Aufenthalt und die Gewährung von Leistungen mit einbezogen werden."*

b) Keine Aussagen gefunden.

c) Keine Aussagen gefunden.

Wirtschaft, Wissenschaft

1. Weltwirtschaftsforum

a) Keine Aussagen gefunden.

b) Keine Aussagen gefunden.

2. Energieressourcen

a) Keine Aussagen gefunden.

b) Keine Aussagen gefunden.

3. Regierungsbeschlüsse, Kollateralschäden

a) und b) U.a. diese Aussage gefunden: *"WiR2020 fordert eine sofortige Untersuchung und Aufarbeitung der Hinter- und Beweggründe des staatlichen Handelns in der Corona-Krise durch Parlamentskommissionen des Bundestages und der Landesparlamente, die jeweils hälftig mit Abgeordneten und mit Vertretern der Zivilgesellschaft, d.h. mit unabhängigen Juristen, Medizinerinnen, Psychologen, Wirtschafts-, Politik- und Geschichtswissenschaftlern besetzt sind. Die Untersuchung soll transparent unter Be-*

teiligung der Öffentlichkeit, auf solider wissenschaftlicher Basis, in internationaler Zusammenarbeit und vor allem ohne Rücksicht auf politische und wirtschaftliche Interessen durchgeführt werden. In diesem Prozess müssen Entscheidungsstrukturen aufgedeckt und durchleuchtet, Verantwortliche benannt und mögliche Schadenersatzansprüche definiert werden. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen einem durch Losverfahren besetzten Bürgerrat vorgelegt werden, der diese bewertet, daraus Empfehlungen für die Zukunft entwickelt und diese dem Bundestag übermittelt."

c) U.a. diese Aussage gefunden: *"WiR2020 fordert die Einführung einer Politikerhaftung ähnlich der Haftung von Vorstandsmitgliedern einer Aktiengesellschaft, wenn sie nicht „auf der Grundlage angemessener Information zum Wohle der Gesellschaft handeln“ (Aktiengesetz §93). Eine Politikerhaftung dient der Qualitätssicherung in der Politik. Sie zwingt Politiker, sich besser zu informieren, ihre Entscheidungsgrundlagen zu dokumentieren und schützt die Gesellschaft vor inhaltsleeren, populistischen Entscheidungen."*

4. Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes

a und b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Wirtschaft ist dann gesund, wenn sie nicht nur dem eigenen, sondern dem Gemeinwohl dient." - "Kapital, das in realwirtschaftliche Prozesse investiert wird, soll steuerlich begünstigt werden gegenüber solchem Kapital, das lediglich der finanzwirtschaftlichen Kapitalvermehrung dient. WiR2020 setzt sich daher für die steuerliche Entlastung kleiner und mittelständischer Unternehmen ein."*

Medizin und Gesundheit

1. Gesundheit

a) U.a. diese Aussage gefunden: *"Jeder Mensch hat das Recht, über seine individuelle Gesundheit, ihren Schutz und ihre Pflege frei zu entscheiden. Das Gesundheitssystem muss deshalb nach dem Prinzip der Freiheit gestaltet werden. WiR2020 setzt sich für ein zukunftsorientiertes Gesundheitswesen ein, in dem Therapiepläne individuell mit den Patienten abgestimmt werden, und das den gleichberechtigten, wertschätzenden und interdisziplinären Austausch von Komplementärmedizin, Naturheilverfahren und Schulmedizin zum Wohle der Patienten ermöglicht."*

b) Siehe unter Punkt 2a.

2. Wissenschaft

a und b) U.a. diese Aussage gefunden: *"Forschung und Wissenschaft müssen frei sein. Ihre Grundfinanzierung muss aus frei zur Verfügung gestellten Steuermitteln gedeckt werden. Sie darf weder von staatlicher noch von wirtschaftlicher Beeinflussung abhängig sein."*

NACHWORT

Die Wahlprogramme der beiden Parteien, die auf die Fragen von AG WELT geantwortet haben, **Alternative für Deutschland (AfD)** und **Bündnis C, Christen für Deutschland** - finden Sie im Internet unter diesen Adressen:

Alternative für Deutschland (AfD): www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf

Bündnis C - Christen für Deutschland: https://buendnis-c.de/wp-content/uploads/2021/01/Kurzprogramm-01-2021_ONLINE.pdf

Besonderheit Lebensschutz

Im Besonderen dürfen wir darauf hinweisen, dass die **Alternative für Deutschland (AfD)** als einzige derzeit im Bundestag vertretene Partei eine eindeutige Position für den Schutz ungeborenen Lebens einnimmt. Unter der Überschrift „*Willkommenskultur für Kinder*“ stellt die AfD in ihrem Wahlprogramm ausführlich klar, dass sie sich aus demographischen und moralischen Gründen zum Lebensschutz bekennt. Sie schreibt: *„Die Gesellschaft muss in Familie, Schulen und Medien den Respekt vor dem Leben und ein positives Bild von Ehe und Elternschaft vermitteln. Diesen Bedarf erkennt man daran, dass seit Jahren in Deutschland jährlich rund 100.000 ungeborene Kinder getötet werden, was der Zahl der Einwohner einer Großstadt entspricht.“ Die Schwangerschaftskonfliktberatung sei zu einem „formalen Verwaltungsakt verkümmert“.*

Bei den anderen etablierten Parteien sieht es wie folgt aus:

Die Parteien **Christlich Demokratische Union Deutschlands / Christlich-Soziale Union Deutschlands (CDU/CSU)** erwähnen (erstmalig) den Lebensschutz im Wahlprogramm mit keinem Wort.

Für die **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** sollen Abtreibungen zur *„Grundversorgung“* gehören. Nach deren Willen sollen alle Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, zukünftig Abtreibungen anbieten. Des Weiteren stellt die SPD mit Blick auf § 218 StGB fest: *„Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht.“*

Die **Freie Demokratische Partei (FDP)** spricht sich u.a. für die Streichung des §219a StGB aus. Dieser Paragraph regelt das Werbeverbot für Abtreibungsmaßnahmen.

Die Partei **Die Linke** will *"für Frauen*, trans und nichtbinäre Menschen einen legalen Zugang zum Schwangerschaftsabbruch"* und fordert die Streichung der Paragraphen 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch

Die Partei **Bündnis90/Die Grünen** bekennt sich in ihrem Wahlprogramm eindeutig zum Recht auf Abtreibung. Für sie ist Abtreibung Teil der Arzt-ausbildung.

Zugelassene Parteien zur Bundestagswahl 2021

Nach einer Pressemitteilung vom Bundeswahlleiter am 09.07.2021 können nachfolgend aufgeführte 53 Parteien an der Bundestagswahl 2021 teilnehmen:

AfD (Alternative für Deutschland)
BP (Bayernpartei)
Bündnis C (Bündnis C – Christen für Deutschland)
BÜNDNIS21 (diePinken/BÜNDNIS21)
Bündnis 90/Die Grünen
BÜRGERBEWEGUNG (Bürgerbewegung für Fortschritt und Wandel)
BüSo (Bürgerrechtsbewegung Solidarität)
BVB/FREIE WÄHLER (Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler)
B* (bergpartei, die überpartei ökoanarchistisch-realdadaistisches sammelbecken)
CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)
CSU (Christlich-Soziale Union in Bayern)
Deutsche Konservative (DEUTSCHE KONSERVATIVE)
DiB (Demokratie in Bewegung)
dieBasis (Basisdemokratische Partei Deutschland)
Die Grauen (Die Grauen – Für alle Generationen)
DIE HUMANISTEN (Partei der Humanisten)
Die Linke
Die PARTEI (Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative)
DM (Deutsche Mitte Politik geht anders...)
du. (Die Urbane. Eine HipHop Partei)
FAMILIE (Familien-Partei Deutschlands)
FDP (Freie Demokratische Partei)
FREIE WÄHLER
Gartenpartei
Gesundheitsforschung (Partei für Gesundheitsforschung)
Graue Panther (Graue Panther)

KlimalisteBW (Klimaliste Baden-Württemberg)
LD (Liberales Demokraten – Die Sozialliberalen)
LfK (>> Partei für Kinder, Jugendliche und Familien << – Lobbyisten für Kinder)
LIEBE (Europäische Partei LIEBE)
LKR (Liberal-Konservative Reformer)
Menschliche Welt
MLDP (Marxistisch- Leninistische Partei Deutschlands)
NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands)
ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei)
PdF (Partei des Fortschritts)
PIRATEN (Piratenpartei Deutschland)
SGP (Sozialistische Gleichheitspartei, Vierte Internationale)
SGV (SGV – Solidarität, Gerechtigkeit, Veränderung)
sonstige (DIE SONSTIGEN)
SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
SSW (Südschleswiger Wählerverband)
Team Todenhöfer (Team Todenhöfer – Die Gerechtigkeitspartei)
THP (Thüringer Heimatpartei)
Tierschutzallianz (Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz)
Tierschutzpartei (Partei Mensch Umwelt Tierschutz)
UNABHÄNGIGE (UNABHÄNGIGE für bürgernahe Demokratie)
Volksabstimmung (Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung Politik für die Menschen)
Volt (Volt Deutschland)
V- Partei³ - Partei für Veränderung, Vegetarier und Veganer -)
Wir2020 (Wir2020)
WiR2020 (WiR2020)
III. Weg (Der III. Weg)

Anmerkung

Die in dieser Broschüre aufgeführten Zitate der Parteien, die auf die Fragen von AG WELT **nicht** geantwortet haben, wurden den im Internet veröffentlichten Wahlprogrammen entnommen. Von den Parteien, die noch kein endgültiges Programm veröffentlicht hatten, wurde der Programmentwurf zur Grundlage genommen. Ob im Nachgang die Parteien Textänderungen vorgenommen haben, ist der Redaktion nicht bekannt.



Eberhard Kleina

Ist Deutschland noch zu retten? (NEUAUFLAGE!)

Auf dem Weg in eine neue Diktatur!

Das neue und nach Meinung des Robert-Koch-Institutes (RKI) hochgefährliche „Corona-Virus“ hat das Leben zahlloser Menschen weltweit drastisch verändert. Gesichtsmasken in der Öffentlichkeit, Abstand halten zu anderen Personen, Quarantäne und anderes mehr sind die neuen Regeln, an die sich bei Strafandrohung jeder halten muß. Das Grundgesetz wurde für Corona merklich beschnitten, die Wirtschaft empfindlich heruntergefahren. Aber Widerstand regt sich. Sind die Viren tatsächlich so gefährlich? Was sagen Wissenschaft und Medizin? Welche Rolle spielen Politik, Medien, das Weltwirtschaftsforum und die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung in der sogenannten Corona-Krise? Der Autor recherchiert Fakten, sucht

Hintergründe auszuleuchten, sieht Verknüpfungen zum gesamtgesellschaftlichen Wandel und beschäftigt sich eingehend mit der Frage, wie Christen mit diesen Veränderungen umgehen können.

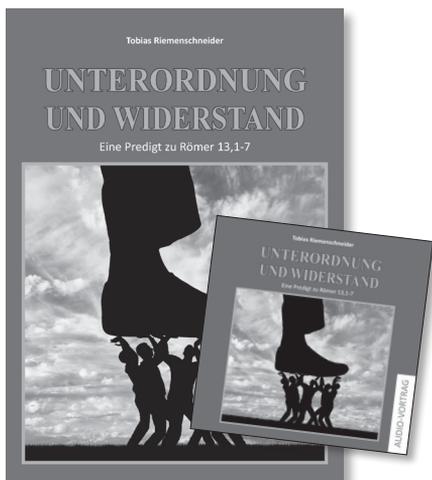
Taschenbuch

80 Seiten

Stark überarbeitete Neuauflage. 34 Seiten mehr!

Bestell-Nr.: 548488

Preis: € 4,95



Tobias Riemenschneider

UNTERORDNUNG UND WIDERSTAND

Eine Predigt zu Römer 13,1-7

Tobias Riemenschneider ist studierter Jurist, Pastor der Evangelisch-Reformierten Baptistengemeinde Frankfurt, verheiratet, und Vater von drei Kindern. Seine Predigt zum Römerbrief, Kapitel 13, Verse 1-7, soll zum Nachdenken darüber anregen, ob nicht doch viele Christen jahrelang den aus bibelkritischen und liberalen Kirchen-, Freikirchen- und freien Gemeindekreisen entsprungenen Interpretationen zu diesem Bibeltext mehr Gehorsam geschenkt haben als dem Wort Gottes. Hören Sie selbst und prüfen Sie die getroffenen Aussagen anhand der Heiligen Schrift.

Preis: € 1,50

Audio-CD

Laufzeit 90 Min.

Bestell-Nr.: 548468

Preis: € 3,95

Broschüre

48 Seiten

Bestell-Nr.: 548469

Preis: € 1,50

Gehen Sie zur Bundestagswahl? Und haben Sie sich schon mit den Wahlprogrammen der Parteien vertraut gemacht, die zur Wahl zugelassen sind? Gibt es da eine Partei, der Sie Ihre Stimme geben würden? Mit welcher Erwartung oder Vorstellung gehen Sie zur Wahl? Was geschieht, wenn Sie auf dem Stimmzettel das Kreuz an der falschen Stelle machen? Welche Verantwortung tragen Sie, wenn Sie wählen gehen oder nicht wählen gehen?

Diese Broschüre soll eine kleine Hilfestellung geben. AG WELT hat allen Parteien, die bis zum Februar 2021 ihre Teilnahme an der Bundestagswahl 2021 angekündigt hatten, einen Fragenkatalog zugeschickt. Sie werden erstaunt sein (oder auch nicht), welche Parteien auf unsere Fragen geantwortet haben.

Broschüre bitte hier **auf Spendenbasis** bestellen:

Lichtzeichen Verlag, Elisabethstr. 15, 32791 Lage
Telefon: 05232 960120
E-Mail: info@lichtzeichen-shop.com
Web: www.lichtzeichen-shop.com

Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen e.V.
Pressestelle - Thomas Schneider
Alter Schulweg 3
08359 Breitenbrunn/Erzg.
Tel. (03 77 56) 14 32
Email: thomas.schneider@agwelt.de
Web: www.agwelt.de

Spendenkonto AG WELT e.V.:
Sparkasse Lemgo
IBAN: DE67 4825 0110 0005 1123 21
BIC: WELADED1LEM

